

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
24 (1910)**

10 (13.1.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-530318](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-530318)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einjähr. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mark, für zwei Monate 1,50 Mark, monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interate werden die fünfgepaltenen Korpuszelle oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven und Urmagern, sowie der Füllalen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. —
Filiale in Heppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Donnerstag den 15. Januar 1910.

Nr. 10.

Eine Abrechnung.

Zu den Gemeinderatswahlen in Neuende.

Nicht weniger als in Bant wird in der Gemeinde Neuende von den Gegnern der Städtevereinigung bei ihrer Maulwurfsarbeit an Unwissenheit und Unverstand appelliert, um die Wähler zu gewinnen. Am Vorabend der Wahl werden jene sich vielleicht mit einem Walschattel zum letzten Versuch, die Wähler grazilig zu machen, an das Tageslicht wagen. Darauf zu antworten ist dann unmöglich. Neben demüthig fallenden Verhöhnungen gegen die vereinigten Bürgervereine werden dann die Einwände gegen die Vereinigung wiederkehren, welche dem Landtage zum Vortrag der Gemeinwohl in seiner Petition sich nicht gekümmert hat. Hauptächlich wird man versuchen, die Wähler mit Behauptungen zu fesseln, die im folgenden ihre Widerlegung finden sollen.

Es wird behauptet, daß die Verwaltungskosten

sich durch die Vereinigung nicht ermäßigen würden, jedenfalls hätten sie den Bewohnern der Stadt vor, daß diese einen Nachweis in dieser Frage nicht erbracht hätten. Da in den letzten öffentlichen Veranlassungen wieder ähnliche Behauptungen gefallen sind, nehmen wir Veranlassung, kurz auf die Sache einzugehen.

Nach den uns vorliegenden Vorschlägen beließen sich die sämtlichen Verwaltungskosten der Rühringer Gemeinden (einschließlich Armentassen), der Schulkosten und des Amtsverbandes im Jahre 1906 auf rund 80 000 Mark. Nach den Vorschlägen von 1909 betragen dieselben Verwaltungskosten 120 000 Mark. Das ist also eine wesentliche Steigerung. Sie hat ihren Grund einmal in der Einwohnerzunahme (rund 6000) und der damit verbundenen allgemeinen Geschäftszunahme, ferner aber in der Zulegung neuer Geschäftszweige: Kanalisation, Desinfektionsanstalt, Sporthalle, Wasserwerk, Elektrizität, Fortbildung- und Bürgerhäuser, das neue Einkommensteuergesetz, Steuer nach dem gemeinen Wert und Verzuwachssteuer usw. und der damit zusammenhängenden Personalvermehrung und Verwaltungverbesserung. Im Jahre der Vereinigung werden sich die Verwaltungskosten für dieselben Geschäftszweige voraussichtlich auf 100—105 000 Mark stellen, jedoch eine Ersparnis um 15—20 000 Mark eintritt. Diese Ersparnis entsteht namentlich durch Vereinfachung der Schreibarbeiten und der jetzt dreimal, dann aber nur einmal auszuführenden Verwaltungsgehefte.

Selbstverständlich kann von einer Pensionierung

nach Dienstjähriger Beamten z. aus Anlaß der Vereinigung keine Rede sein; der einheitliche große Verwaltungsbetrieb ermöglicht es, je am geeigneten Platz, besser als bisher, zu verwerten. Nach dieser Seite können durch die Vereinigung also keine Kosten erwachsen.

Weiter hat man eingewendet, daß neben den bestehenden Rathhäusern

ein neues zu bauen und dadurch neue Lasten zu tragen seien. Nun sagt ja der Vertrag zwischen den drei Gemeinden, daß das Rathaus spätestens bis zum 1. Mai 1910 gebaut werden soll. Bei den Verhandlungen ist ausdrücklich hervorzuheben, daß der Bau des neuen Rathauses mit von der Verwertung der alten abhängen müsse. Diese werden entweder für Zwecke, für die sonst in Zukunft andere Gebäude hergestellt werden müßten, Verwendung finden oder man wird sie veräußern. Bei der Veräußerung wird jedenfalls kein Schaden entstehen, denn der Rathausplatz in Heppens ist 1900 bei einer Größe von 4026 Quadratmetern für 14 347 Mark, also für 3,50 Mark pro Quadratmeter erworben. Jetzt sind die Preise in derselben Gegend 12 bis 15 Mark pro Quadratmeter und noch mehr. Der Platz, auf dem das Bant Rathaus steht, ist 1894 gekauft und hat damals bei 1158 Quadratmeter Größe 5000 Mark gekostet, also 4,50 Mark pro Quadratmeter (hina kommen Straßenbaukosten), was für 25 bis 30 Mark pro Quadratmeter. Der freie Rathausplatz ist 1895 Bant in einer Größe von 2333 Quadratmetern für 13 000 Mark erworben, also für 4 Mark pro Quadratmeter, jetzt sind die Plätze dort zu 25 Mark pro Quadratmeter geschätzt. Die Rathhäuser und Plätze werden zweifellos zu annehmbaren Preisen geeignete Käufer finden, wenn der Verkauf beachtlich ist. Im übrigen ist es natürlich eine Unwahrscheinlichkeit, wenn gerade von Neuende aus behauptet wird, Bant und Heppens seien arg verschuldet und sehten sich nur danach, Neuende mit als Träger dieser Lasten zu gewinnen. Den Schulden beider Gemeinden stehen Grundstücke z. als Vermögen in fast gleicher Höhe gegenüber,

Neuende hat zwar als politische Gemeinde sehr wenig Schulden, aber auch fast gar kein Vermögen. Bezüglich der Steuerkraft soll hier nur wiederholt angeführt werden, daß Neuende nicht steuerkräftiger ist, als die anderen beiden Gemeinden. Es hat bei 7000 Einwohnern 36 635 Mark Einkommensteuer, Bant bei 24 000 Einwohnern 123 067 Mark Einkommensteuer, Heppens bei 15 000 Einwohnern 77 479 Mark Einkommensteuer. Die Verhältnisse sind also allenfalls halb so ungünstig, auf einen Einwohner kommen in jeder Gemeinde reichlich 5 Mark Einkommensteuer.

Nach den Erklärungen im Landtage hat der Gemeindevorstand von Neuende bei den Vereinigungsverhandlungen schließlich als einzigen Grund, den er gegen die Vereinigung habe, angegeben, daß die Neuender die Erdrückung durch die Steuer nach dem gemeinen Wert fürchten.

Früher ist schon einmal mitgeteilt, daß die Grundstücke und Gebäude in Bant zu einem gemeinen Wert von 39 Millionen und die in Heppens zu 26 Millionen eingeschätzt sind.

Nach den Ermittlungen für die Reichswertzuwachssteuer und anderen Unterlagen beträgt der Wert der Grundstücke und Gebäude in Neuende 13 Millionen Mark (bisher fehlten hier verlässliche Zahlen). Das Verhältnis ist also $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$.

Die Grund- und Gebäudesteuer, nach der bisher erhoben wurde, ist in Bant 23 000 Mark, in Heppens 17 000 Mark, in Neuende 12 700 Mark, zusammen 52 700 Mark. Hier ist also das Verhältnis Neuendes zu den andern $\frac{1}{4}$. Bei der Umlegung aller Steuern nach dem gemeinen Wert steht es sich also besser als bei der bisherigen Umlegung nach der Grund- und Gebäudesteuer; das ist ganz natürlich, denn das platte Land wird nicht so hoch bewertet wie die Bauplätze. Im übrigen kann jeder eine gerechte Einschätzung erreichen, wenn er das Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht anruft, wie der Abgeordnete Langen im Landtage sehr richtig hervorgehoben hat. Wenn die Neuender Landwirte aber noch mehr wollen, so können sie ja durch den Gemeindevorstand den Antrag stellen lassen, daß ins Statut für die Steuer nach dem gemeinen Wert aufgenommen wird, daß bei den Schätzungen im Stadtgebiet im Schätzungs-ausschuß mindestens die Hälfte der Mitglieder Landwirte sein müssen. Hier muß noch hervorgehoben werden, daß nach der letzten Betriebsabteilung in ganz Neuende nur noch 35 selbständige landwirtschaftliche Betriebe sind; der übrige Teil der Bevölkerung ist genau so zusammengesetzt wie in Bant und Heppens und hat darum auch dieselben Interessen.

Vollständig falsch dargestellt wird von Gegnern der Vereinigung in Neuende, daß Neuende nach der Vereinigung mehr Steuern aufbringen müsse, als bisher. In einer dem Landtage zugegangenen gefälschten Nachweisung ist dargelegt, daß die Belastung gerade des ländlichen Teils von Neuende (also des Stadtgebietes) geringer wird, als bisher, und zwar nach der Einkommensteuer reichlich 50 Proz. weniger. Bleibt Neuende aber für sich bestehen, dann wird die Belastung nicht unerheblich steigen, denn die jetzige Gemeindevervaltung ist den Anforderungen der Zukunft, wenn die Schutzsachen erst übernommen sind und die Bevölkerung in weiterer erheblicher Zunahme begriffen ist, nicht mehr gewachsen. Die augenblickliche Einrichtung ist ein Behelf, der nur noch von kurzer Dauer sein kann.

Ferner befürchtet man, daß durch die Vereinigung auch der Schlachthofzwang

auf ganz Neuende ausgedehnt werde. Diese Befürchtung ist unzutreffend. Die Anlage zum Gesehntwurf, die die einzelnen Bestimmungen enthält, sagt ausdrücklich, daß der Schlachthof Einrichtung der engeren Stadt ist, damit ist von vornherein zum Ausdruck gekommen, daß der ländliche Teil (das Stadtgebiet) nicht einbezogen wird und dort die bisherigen Bestimmungen bestehen bleiben. Ferner bleiben alle Statuten in den einzelnen Gemeinden bis zur Abänderung in dem bisherigen Geltungsbezirk in Kraft. Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen wird leicht zu erreichen sein, daß der Schlachthofzwang auch nicht auf den Teil der engeren Stadt ausgedehnt wird, der von Neuende der engeren Stadt zugelegt wird, denn es ist keine Veranlassung gegeben, noch besonders auf weitere Ausdehnung des Zwanges gegen den Wunsch der Beteiligten zu drängen. Gegen der Vereinigung in Neuende sind namentlich in Eberlege, Schaar und Kirchreihe, und hier sind es namentlich die größeren Landwirte, deren Zahl, wie vorhin schon erwähnt, bei der letzten Betriebsabteilung auf 35 ermittelt ist, gegenüber fast 2000 Arbeitern, Handwerkern und Angehörigen anderer Berufe. Für die Vereinigung sind in erster Linie Einwohner von Ropperhöden, Siebthsburg,

Neuengroden und Rührstel. Diese Gemeindeglieder haben sich bisher keiner besonderen Gunst der bäuerlichen Gemeinderatsmehrheit von Neuende zu erfreuen gehabt. Sie erhoffen mit Recht von der Vereinigung Besserung ihrer Verhältnisse durch Vertretungsmittel. Wege und in anderer Weise. Wie gering das Interesse der Landwirte für diese Gemeindeglieder ist, geht daraus hervor, daß sie in derselben Weise, wie man früher Belfort (Bant) abgelassen hat, jetzt bereit ist, Ropperhöden, Siebthsburg und Neuengroden abzugeben. Das sollte Veranlassung genug für jeden Einwohner in diesen Bezirken sein, die Stimme seinem Gegner der Eigentümern zu geben. Auch den Einwohnern in Schaar, Eberlege und Kirchreihe kann dringend geraten werden, nur für Kandidaten, die für die Vereinigung sind, einzutreten, weil es ihnen sonst passieren kann, daß sie in ihrem Besitze zum Amt, Amtsgericht, Grundbuchamt, Vermessungsbureau und Amtsexekutor dem Amte Jever wieder zugewiesen werden, eine Aussicht, deren Wirklichkeit sie jedenfalls nicht wünschen, denn sie gehören mit ihrem ganzen Interesse zu Rühringen-Wilhelmshaven. Darum war man in Neuende seiner Zeit mit der Bildung des Amtsbezirks Rühringens auch sehr einverstanden. Das, was damals für diese Bezirksordnung gesprochen hat, spricht auch heute mit für die Vereinigung zu einer Stadt. Darum möge jeder Rühringer für die Stadtvoortage eintreten und sich mit seiner Abstimmung bei den Gemeinderatswahlen darnach einrichten. Die Stadt Rühringens bringt eine Stärkung der Finanzkraft des Bezirks, Förderung des Verkehrs, leistungsfähigere billigere Verwaltung, relative Verminderung der Steuerlast, bessere Schulverhältnisse, Hebung des Ansehens usw.

Und darum möge jeder Neuender Wähler, der keine Scheuklappen vor den Augen hat oder kein selbstkühliges Sonderinteresse verteidigen will, seine Stimme geben

den Kandidaten der vereinigten Bürgervereine!

Politische Rundschau.

Bant, 12. Januar.

Die Thronrede über die preussische Wahlreform.

Die Thronrede, mit der Wilhelm II. am Dienstag den preussischen Landtag eröffnet hat, hat keine Angaben über die nur Andeutungen über den Inhalt der Wahlreform gebracht. Sie sagt nur: Endlich harri Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sind ihrem Abschluß nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden.

Diese Behandlung der Wahlrechtsfrage bestärkt die Vermutung, daß die Reformvorschlüge der Regierung nur der Form nach eine Einlösung des Versprechens darstellen werden, das in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 gegeben wurde. Es dürfte auch kein Zufall sein, daß die Wahlreform diesmal zum Schluß der Thronrede mit wenigen inhaltslosen Worten Erwähnung fand, während die Thronrede von 1908 mit dem feierlichen Wahlreformversprechen eingeleitet wurde. Damals hieß es:

Es ist mein Wille, daß die auf Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatswesen erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Das Ergebnis „der mit allem Nachdruck betriebenen Vorarbeiten“ ist kürzlich in Gestalt jener famosen Wahlstatistik der Öffentlichkeit unterbreitet worden, jener Statistik, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die Vollständigkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts zu beweisen, und die trotz aller Zahlenunterschiede, freilich wider Willen ihrer Verfasser, die ganze Infamie dieses Wahlrechts von neuem ziffermäßig erhärtete. Zu dieser Vorarbeit wären kaum ebenso viel Tage notwendig gewesen, wie sie in Wirklichkeit Monate erforderten. Das Instrument war wild geworden, erhob sein Veto gegen jede Reform des preussischen Wahlrechts, das ihm die unumschmeimte Macht im Staate garantiert, von seinen lauteften Vertretern wurde jede Wahlrechtsreform als ein gefährliches Staatsverbrechen bezeichnet, das mit allen Mitteln zu verhindern sei. Daß die Wahlrechtsvorlage der Regierung, die ihrem Abschluß nahe ist, wie die Thronrede berichtet, bis zur Eröffnung des Landtages hätte fertiggestellt sein können, wenn es der Absicht der

Regierung entprochen hätte, wird keinem Zweifel begegnen. Aus zwei Gründen wird die Regierung davon Abstand genommen haben, den Inhalt ihres Reformprojekts in der Thronrede auszusprechen. Sie wollte den schreienden Kontrast zwischen dem Wahlrechtsversprechen von 1908 und der Art der jetzt dochbedingten Erfüllung in der Thronrede nicht festlegen. Ferner aber will man durch ein Hinsinziehen der Einbringung der Vorlage die zu erwartende Mißgeburt einer Wahlrechtsreform der Kritik so lange wie möglich entziehen, um sie dann im Dreiklassenparlament zu einer schleunigen Erledigung zu bringen. „Was denn der Kampf um die Vorlage,“ so schreibt die Kreuzzeitung, „seiher noch so heftig werden, er wird wenigstens nicht mehr als zu lange dauern.“ Das ist ganz die Politik des Majors, Philosophen, Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, wenn überhaupt von einer Politik dieses merkwürdigen aller neudeutschen Staatsmänner gesprochen werden darf.

Mit Bestimmtheit treten auch heute wieder die Gerüchte auf, daß die preussische Wahlrechtsreform die direkte Abstimmung unter Beibehaltung der Dreiklassenwahl, der bisherigen Wahlrechtsform, der öffentlichen Stimmabgabe vorzuziehen soll; neben der Einführung der direkten Wahl soll den Wählern von „Bildung“ und „Alter“, die aber demnach der dritten Klasse angehören, Pluralstimmen verliehen werden. Vielleicht sind diese Behauptungen irrig, wir waren geneigt, sie bei ihrem ersten Auftreten als freche Junkerübermut von der Regierung nicht nur einen Bruch ihres Wahlversprechens, sondern zur Sühne auch noch die Verhöhnung des demokratischen Wahlrechts fordernden Volkes. Direkte Wahl bei Fortbestehen des Dreiklassenwahlrechts würde eine indirekte direkte oder direkte indirekte Wahl bedeuten, denn direkte Wahl bei Fortbestehen des Dreiklassenwahlrechts ist eine technische Unmöglichkeit. Die Ausstattung von Wählern dritter Klasse, die da über „Bildung“ und „Alter“ verfügen, hieß zur Wahlfähigkeit der dritten Klasse auch noch den Spott fügen. Allenfalls wäre eine solche Wahlreform als ein Vorstoß für preussische Minister zu bezeichnen, die der Reichstisch entzogen werden sollen, noch weiter mit den ganz genußlichen Wählern in der dritten Klasse zur Wahl zu gehen, da die beiden ersten Klassen in den Ministerbezirken von reich gewordenen Fleischermeistern, Bankdirektoren und Käufern mit Beifug von merkwürdigem Ursprung bisher allein beherrscht wurden.

Doch das Erscheinen einer Vorlage, mag sie erst nach vielen Wochen kommen, liegt nach der Thronrede nunmehr für ablehbare Zeit fest. Das Proletariat wird die Zeit zu nützen wissen.

Deutsches Reich.

Die preussische Wahlrechtsfrage

beschäftigte am Montag die Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für Schlesien, die sinnigerweise im katholischen St. Vinzenzhaufe stattfand. Amten-Certel führte in seinem Referat u. a. aus: „Halten wir das gute Wahlrecht fest, das wir haben. Wir brauchen das preussische Wahlrecht als Damm gegen die Sozialdemokratie. Wer die Verfassung schützen will, stellt sich außerhalb der Verfassung, und der kann, wie Herr von Röcher sagt, nicht Subjekt, sondern muß Objekt der Gesetzgebung sein. Wie können die antimonarchistischen Sozialdemokraten den Verfassungsschutz bei ihrem Eintritt in die Einzelkammer schwächen? Wie können in Baden nationalliberale Professoren u. m. Pakt mit der Sozialdemokratie schließen? Dafür haben wir kein Verständnis! Man komme uns doch nicht mit der alten Maulwurfsgrube! Die Sozialdemokratie hat sich schon verschiedentlich gemauert, aber sie ist immer radikal geworden. Unser neuer Steuermann hat die Pflicht, die gewaltsame Entscheidung, zu der die Sozialdemokratie drängt, fernzuhalten. Er hat die Pflicht, die Autorität, die Monarchie gegenüber dem revolutionären Ansturm zu schützen. Und dabei soll er uns an seiner Seite finden!“ Im Kampfe wider ein freies Wahlrecht und die Sozialdemokratie legt er alle Hoffnungen auf eine Verhöhnung des christlichen Volkes. „Im Ausblick zum Golge des Kreuzes“ werde der Drachen der Sozialdemokratie überwunden werden. Der Weg müsse führen zum Herrn, der die Geschichte der Welt lenkt: Aufwärts hin zu Gott. — Die schlesischen Junker getrieten ob dieser Rede ganz in Verzweiflung.

Der preussische Landtag wurde am Dienstag wieder eröffnet. Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg stellte sich mit kurzem Worten dem Hause vor. Hierauf gab der Finanzminister v. Rheinbaben eine Uebersicht über die Finanzen. Das Jahr 1908 schloß mit einem Defizit von 202 Millionen Mark ab, das Jahr 1909 wird voraussichtlich 105 Millionen Unterbilanz haben und im neuen Etat wird schon jetzt mit einem Fehlbetrag von 92 Millionen gerechnet. Das sind nette Aussichten. — Nach der Rede Rheinbabens vertagte sich das Haus auf Sonnabend.

Umwänderung der Gewerbeordnung. Die Gewerbeordnungskommission, mit der sich der Reichstag in dieser Tagung zu befassen hat, liegt die Befestigung der Lohnzahlungsbücher vor. Durch die Novelle vom Jahre 1900 ist den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt worden, für minderjährige Lohnzahlungsbücher einzurichten. Man glaubte, dadurch auf die jugendlichen Arbeiter erzieherisch einwirken zu können und den Trieb zur Sparbarkeit zu wecken. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt und deshalb soll diese Einrichtung wieder weggelassen.

Deutscher Denkschriften. Die vor einigen Tagen angeforderten Denkschriften über die Entwicklung der deutschen Kolonien im Jahre 1908/09 sind jetzt dem Reichstage zugegangen. Sie enthalten eine Fülle von Material über die allgemeine und politische Lage in den Schutzgebieten.

Gegen das preussische Kommunalwahlrecht läuft ein

Adliger Bürger auf originelle Art Sturm. Der § 24 der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz, der den Wahlrecht regelt, lautet wörtlich: „Jeder Wähler muß dem Wahlvorstande mündlich und vereinhlich zu Protokoll erklären, wenn er seine Stimme geben will.“ Der Protokollverleger ist nun der Ansicht, die mündliche Stimmabgabe bedeute noch nicht, daß der Wahlakt auch in breiter Öffentlichkeit vorzugehen habe. Die öffentliche Wahlhandlung müßte, so sagt er, besonders bestimmt sein oder sich klar aus der Art des Wahlaktes ergeben. Es muß zwischen Stimmabgabe und Wahlhandlung unterschieden werden. J. B. schreibt das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 bei geheimer Stimmabgabe doch die Öffentlichkeit der Wahlhandlung besonders vor (Paragraf 9). Bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ist die Öffentlichkeit dadurch bedingt, daß der Wahlakt sich in einer Wählerversammlung, die zu einer bestimmten Tageszeit einberufen wird, vollziehen muß. — Die Städteordnung enthält nun weder eine Vorschrift, daß die Wahl öffentlich stattzufinden hat, noch schreibt sie für die Wahlhandlung die Einberufung einer Wählerversammlung vor. Im Gegenteil ist im § 22 von Tagen und Stunden die Rede, in denen die Stimmen beim Wahlvorstande abzugeben sind.

Der Protokollverleger verlangt nun, daß die öffentliche Stimmabgabe so erfolgt, daß Dritte sie nicht hören können. Der Adliger Stadtrat hat den Wahlprotokoll abgelehnt; der Protokollverleger hat hiergegen die höhere Instanz angerufen.

Welfen und Bänder. Für die Provinz Hannover haben Bund der Landwirte und Welfen ein Wahlbündnis für die kommenden Reichstagswahlen geschlossen. Dieses Bündnis richtet seine Spitze gegen die Nationalliberalen, die schon seit längerer Zeit dort vom Bunde der Landwirte hart bedrängt werden. Die Welfen gelten zwar sonst als „Reichsfeinde“, allein der Bund der Landwirte ist nicht gerade welferlich, wenn es sich darum handelt, Bundesgenossen im politischen Kampfe zu finden.

Aus dem sächsischen Landtage. In der Dienstag-Landtagsverhandlung wurde die Bewilligung der Etatüberschreitungen bei der Ordens- und Kabinetts-Ranzel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen bewilligt. — In der Deputation war mit nur einer Stimme Majorität diese Summe demüßigt worden. Es hatte neben den Sozialdemokraten und Freisinnigen auch ein Nationalliberaler mit dagegen gestimmt. In der gestrigen Sitzung fiel der Nationalliberaler aber wieder um.

Im meiningischen Landtag wurden am Montag zwei Gesetzesentwürfe beraten. Der eine Entwurf sieht eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Kreisbeamten analog der Kreisbeamten vor; der zweite betrifft die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Da aber die Ausführungsbestimmungen zum meiningischen Gemeindegesetz verschiedene Beschränkungen des Wahlrechts enthalten, die in dem vorliegenden Entwurf nicht erwähnt sind, so wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, den Gesetzesentwurf an den Gesetzgebungsausschuß zurückzuverweisen. — Das gleiche Schicksal erlebte auch der jetzt erwähnte Entwurf; auch er wurde auf Antrag des Genossen Hofmann an den Ausschuß zurückverwiesen.

Bayern und die Schiffahrtsabgaben. Im bayrischen Landtag kam am Montag bei Gelegenheit der Etatberatung die Frage der Schiffahrtsabgaben zur Sprache. Minister v. Frauenborfer betonte, daß die Lage der Finanzen dazu zwingt, den Ausbau der Wasserstraßen von der Heranziehung der Interessenten abhängig zu machen. Der preussische Vorschlag sei ein wirtschaftliches Programm, das große Vorteile biete. Bayern werde auch in Zukunft seinen ganzen Einfluß aufbieten, um eine Lösung der Frage auf der Grundlage des preussischen Entwurfs baldigst herbeizuführen. — Die Redner fast aller Parteien stimmten dem Vorgehen der bayrischen Regierung zu.

Zum Besuch der chinesischen Marinekommission in Deutschland schreibt man dem Berl. Tagebl. von sachkundlicher Seite: Mit der Bewilligung der Werke von Strupp in Essen ist das aufgeteilte Programm der Informationsreise prompt zur Erledigung gekommen. Man hat es an Ehren für die ausländischen Gäste und an Kosten nicht fehlen lassen. Selbst die gelbe Drahtenflagge des Himmels Reichs ist von unserer Kriegsflotte im Kieler Hafen mit donnerndem Salut komplementiert worden. Die chinesischen Sachverständigen wurden im Stuge zum Besuch des Vulkan in Stettin, der großen Werften in Hamburg der städtischen Anlagen in Kiel und der Kruppischen Werke geführt. Zieht man das Fazit, so war die Studienreise eine oberflächliche Besichtigungsreise verschiedener Gegenden des Reiches; einen informativsten Charakter oder gar einen wissenschaftlich-militär- und marineteknischen Zweck konnte sie nicht erfüllen, selbst wenn man bei den Mitgliedern das vollste Verständnis voraussetzt, da es an Zeit fehlte. Selbst Marinefachverständige der modernsten Kriegsflotten würden bei einem derartig aufgestellten Programm günstigstenfalls einen allgemeinen Ueberblick mit nach Hause nehmen können, aber ihre Studien auf irgend einem einschlägigen Gebiet hätten sie gewiß nicht bereichert. Man erhofft jetzt für die deutsche Industrie von dieser so großzügig ausgeführten Studienreise für später umfangreiche Bestellungen bei der Ausführung des von China aufgestellten Flottenausbauprogramms. Hoffentlich erlebt man keine Enttäuschung! Man kann eine lange Reihe von Beispielen nachweisen, daß spätere Aufträge prompt dem Auslande zutamen. Die erste „praktische“ Folge dieser Studienreise wird ein reicher Ordensbesuch „vom doppelten Draden“ sein, wie ja auch die Hauptmitglieder der chinesischen Gäste mit preussischen Orden geschmückt die deutschen Landesgrenzen demüßigt wieder verlassen, um durch Rußland heimzudampfen.

Die Gewerkschaften unter „liberalen Reichsvereinsgesetz.“ Weiterer Polizeimaßnahmen gegen die freien Gewerkschaften werden aus Thoren bekannt. Kaum ist das Urteil des Oberlandesgerichts bekannt geworden, wonach die Justizstelle der Zister in Thoren für politisch erklärt und der Vorsitzende zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, so

ist schon wieder eine große Aktion im Gange. Gleich nach Ausbruch erhielt der Vorstand der Zahlstelle der Maurer von der Polizei die Aufforderung, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Vorstand hat in diesem Fall aber der Polizei geantwortet, daß für ihn nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes keine Veranlassung vorliege, dem Anfordern der Polizei nachzukommen. Mit denselben Mitteln legte die politische Aktion gegen die Zister ein Verzeichnis der politischen Veranlassungsberichte aus der Zeit des alten Vereinsgesetzes bildeten die Unterlage zu dem Verzeichnis bei den Zisteren. Jedenfalls kam nun die Polizei zu alten verstandenen Akten wieder vor, um auch gegen die Maurer in derselben Weise vorgehen zu können, in dem Bewußtsein, daß ihre Handlungsweise endgültig anerkannt und durch Gerichtsbeschluss bestätigt wird.

Sächsischen-Ausweisungen. Im Riesengebirge werden Sächsischen in ziemlich großer Anzahl ausgewiesen. Sächsischen Wälder weisen darauf hin, daß in diesem Grenzgebiet die sächsische Einwanderung eine außerordentlich starke war und daß sich die Eingewanderten mit der Zeit schließend machten und sich dann wieder sächsische Gehilfen kommen ließen, so daß die deutsche Bevölkerung sich in ihren Arbeitsverhältnissen beeinträchtigt fühlte. Es sollen auch Leute ausgewiesen werden, die schon seit längerem Jahren in Deutschland ihren Erwerb nachgegangen sind.

Liberaler Jammer. Die bürgerliche Presse in Wienhausen in Schlesien beschäftigt sich lebhaft mit einer neuen militärbedinglichen Verfügung, die das hier meistgeliebte liberal-unabhängige Mülhauser Tagblatt in der Nummer des 5. Jägerregiments zu Pferd verberiet. Das genannte Blatt hatte in letzter Zeit an gewissen Vorkommnissen in Offizieren freizeiten und an Uebergriffen von Militärpersonen eine so scharfe, aber durchaus berechtigte Kritik geübt. — Die sozialdemokratische Presse ist schon immer so behandelt worden, daß für die bürgerliche Presse aber noch wenig oder kein Worte gehabt.

Dänemark.

Der dänisch-schwedische Untersee-Tunnel. In Stockholm wird seit einigen Monaten der Plan der Verbindung des schwedisch-norwegischen und des dänischen Eisenbahnnetzes mittels eines Tunnels unter dem Oerefund zwischen Kopenhagen und Malmö erörtert. Neben dem großen verkehrswirtschaftlichen hat dies Projekt auch ein ziemlich bedeutendes militär-politisches Interesse.

Rußland.

Wibau ein Auswanderer-Konferenzort für Hamburg und Bremen? Man schreibt der Weser-Zig aus Petersburg: Am Ruffrage der russischen Regierung hat der russische Botschafter in Berlin eine Denkschrift ausgearbeitet, die den Titel führt: Die gesetzliche Regulierung der russischen Auswanderung. In der Einleitung eines Memorandums weist Botschafter Müller darauf hin, daß es eine russische überseesische Auswanderung eigentlich nur aus Polen und Litauen gebe. Die Zahl der europäischen Nationalitäten sei sehr gering. Man könne augenblicklich die alljährliche russische transatlantische Auswanderung auf etwa 80000 Köpfe veranschlagen. Es sei nicht nur zu beklagen, daß diese Auswanderer so und soviel Millionen dem russischen Nationalwohlstande durch das Verlassen der Heimat entzögen, sondern es sei auch zu bedauern, daß sie ihre Schiffsbillets der deutschen, belgischen und holländischen Dampfschiffreien lauschten. Müller macht nun der russischen Regierung folgende Vorschläge: Die russische Regierung solle die russische freiwillige Flotte, die bekanntlich von Staatswegen subventioniert werde, bestimmen, in Wibau eine Auswandererlinie Wibau-Newport bzw. Baltimore einzurichten. Ferner solle die russische Regierung für Auswanderer, die über Wibau reisen, die Eisenbahntarife so weit als nur irgend möglich erniedrigen. Auswanderer-Pässe über Wibau sollten nur ein Viertel kosten und der Biletpreis von Wibau-Newport trotz der größeren Entfernung nicht höher sein, als von Hamburg oder Bremen nach Newport.

England.

Der Fall Blatchford. Robert Blatchford ist heute in England einer der meistgenannten Leute. Man kann sein Zeitungsblatt in die Hand nehmen, ohne seinen Namen zu finden, man kann keine Veranlassung befehlen, ohne ihn zu hören. Wird er genannt, so gibt es Sturm, und in der letzten großen Versammlung Lloyd Georges in Wexham riefen ein paar Arbeiter, als der Innozenzliche wieder genannt wurde: „Er ist ein Verräter!“ Das ist sehr sehr unhöflich ausgedrückt, aber Höflichkeit gehört nun einmal nicht zu den Tugenden der Demokratie. Tatsächlich hat der leitende Mann des sozialistischen Claron im gegenwärtigen Wahlkampf für die Konservativen und die Lords die Rolle des Kaiserreichs gespielt, indem er eine sehr Deutschehege inszenierte. Man würde Blatchford wenig beachten, wenn er nicht als Sozialist bekannt wäre und wenn er nicht, wie das erst unlängst in einer Wähler-Versammlung Hyndmans in Barnley geschah, in Versammlungen der S. D. F. deren Mitglied er übrigens nicht ist, den Vorzug führen würde. Als Repräsentant des Sozialismus oder gar „der Sozialdemokratie“ ist Blatchford natürlich den konservativen Chauvinisten ein willkommenes Schurmeize. Uebrigens ist es ein offenes Geheimnis, daß nicht alle Konservativen auf Blatchford Standpunkt stehen, sondern daß viele von ihnen genau so wie die Arbeiterpartei und die Liberalen sein Treiben als das entscheidende beurteilen. Nur bei Leuten, die man etwa mit den deutschen Generalen Hiedert, Reim und anderen Ehrenreihen vergleichen könnte, findet Blatchford Anklang und Anhang. Für einen Sozialisten, und als solchen bezeichnet sich Blatchford noch immer, jedenfalls eine etwas eigentümliche Gesellschaft.

Amerika.

Der Post-Stat in den Vereinigten Staaten hat ein Defizit von über 17 Millionen erreicht. Wie der General-Postmeister in seinem Bericht erklärt, sind die Ursachen des

Defizits in der Verminderung der Einnahmen aus der Beförderung der Postfachen zweiter Klasse und der Landbestellung zu suchen. Die Beförderung der Postfachen zweiter Klasse bringt der Regierung pro Pfund etwas mehr als einen Cent ein, die Unkosten belaufen sich jedoch durchschnittlich auf 9,23 Cents pro Pfund. So ist der Regierung in den letzten Jahren allein durch die Beförderung der Postfachen zweiter Klasse ein jährlicher Verlust von 64 Millionen Dollars entstanden. Im letzten Jahre sind über 700 Millionen Postfachen zweiter Klasse befördert worden. Der Verlust war größer als der Gewinn an den gesamten anderen Postfachen und betrug sogar mehr als der Betrag, der den Eisenbahnen für die Beförderung der Sachen bezahlt wurde. Auch der Postdienst auf dem Lande hat einen Kleinumgang angenommen. Man hatte seine jährlichen Unkosten auf 35 Millionen Dollars geschätzt. Im letzten Jahre beliefen sie sich jedoch auf 50 Millionen Dollars. Auch die Beförderung Postfachen dritter Klasse hat ein Defizit von 3 Millionen Dollars ergeben.

Kleine politische Nachrichten. Aus Lissabon (Portugal) wird gemeldet, daß dort eine Verschwörung gegen König Manuel entdeckt wurde. — Der zweite Vertreter der Arier Staatsanwaltschaft im Arier Vertriebsprozess, Staatsanwaltschafts-Ratgeber ist zum 1. Februar nach Frankfurt a. M. versetzt worden. — Die russische Presse sieht dem amerikanischen Vorschlag über die Rekrutierung der Wanderschützen mit Wohlwollen gegenüber und erklärt den Vorschlag für ausnehmbar. — Henri Wilson wurde mit 300 Stimmen zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt, die ihre Sitzungen wieder aufnahm.

Parteinachrichten.

Die Sozialdemokraten in Dresdener Stadtverordnetenkollegium. In der ersten Sitzung der Dresdener Stadtverordneten in diesem Jahre wurde bei der Neuwahl des Vorstandes zum erstenmale ein Sozialdemokrat in das Direktorium des Stadtverordnetenkollegiums gewählt. Stadtverordneter Genosse Braune befehdete das Amt des Schriftführers. Auch bei der Wahl zu den Ausschüssen legte die nationalliberale Liste mit Hilfe der Sozialdemokraten; dadurch fünf unsere Genossen in allen Ausschüssen vertreten. Die konservativ-antimilitärische Mehrheit in den Ausschüssen dürfte dadurch gebrochen sein.

Gewerkschaftliches.

Die Magdeburger Handschuhmacher traten wegen Lohnhöhen in den Ausstand.

Arbeiter! Bürger!
Wählt die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine von Bant und Neuende!

Soziales.

Bant, 12. Januar.

Die loyale Aufstellung der Wählerlisten.

In der letzten Gemeinderatsitzung machte gelegentlich der Bürgerrechtsverteilung Gemeindevorsteher Brust die Mitteilung, daß die Wählerlisten so loyal wie möglich aufgestellt worden seien; man habe den Paragraphen der Gemeindeordnung, der diejenigen Gemeindeglieder, die in den letzten drei Jahren nicht zu den Gemeindefällen beigetragen hat, das Wahlrecht verweigert, neuerdings so ausgelegt, daß nur vorübergehend zur Zahlung der Steuern unermügend war, demnach wahlberechtigt ist. Es ist diese Auslegung korrekt und selbstverständlich, nachdem man dem Wähler gegenüber das Wahlrecht noch viel lokaler ausgelegt hat.

Man hätte nun annehmen können, daß, nachdem man im Gemeindevorstande so loyal entschieden hatte, die Wählerliste nochmals revidiert und ohne weiteres alle diejenigen, die man zu Unrecht mit einem Federstrich des Wahlrechts verlustig erklärt hat, in die Liste gebracht hätte. Nichts von alledem. Ja, uns ist ein Fall bekannt, in welchem ein langjähriger Gemeindeglieder, dem einmal die Steuern erlassen waren, ohne Antrag nachträglich in die Liste hineingekommen und dann wieder gestrichen wurde, weil er selbst die nachträgliche Aufnahme in die Liste nicht beantragt hatte. Er hatte davon Abstand genommen aus Grund der bisherigen Praxis, wonach alle diejenigen nicht wählen durften, die in den letzten drei Jahren einmal keine Steuern gezahlt hatten. In der Liste nachgetragen wurden nur diejenigen Wähler, die während der Zeit der Auslegung der Liste reklamiert haben. Eine Reklamation war in obigen Fällen meines Erachtens gar nicht nötig, sondern wir halten es als Pflicht des Gemeindevorstandes, diese triviale von der Liste abgelehnten Personen ohne weiteres selbst jetzt noch nachzutragen. Daß auch nach Abschluß der Liste noch Nachtragungen stattfinden können, besagt § 2 des Artikels 14 der Gemeindeordnung.

Auch nach der Feststellung der Stimmlisten kann ein Gemeindeglied wegen einer den Nichtbestand der Stimmberechtigung oder den Verlust der Ausübung derselben dazugehörigen Lasten gestrichen oder auf Antrag des Beteiligten wegen später erfolgten Erwerbs der Stimmberechtigung eingetragen werden.

Wir wollen damit sagen, daß mit der Auslegung und Feststellung der Liste diese damit noch nicht definitiv geschlossen ist. Der Gemeindevorsteher würde also gar nicht gegen das Gesetz verstoßen, wenn er die Wähler, welchen er zufolge jählicher Auslegung des Gesetzes das Wahlrecht ge-

nommen hat, noch jetzt in die Liste nachtragen läßt. Dies würde unseres Erachtens eine lokale Handhabung des Gesetzes sein; andernfalls man nicht davon sprechen kann. Lebhaft kritisiert wird auch, daß vom Gemeindevorstand in Bant für die Verarbeiter nur eine Stunde Freiheit bei der Werk beantragt worden ist. Während in Heppens die Wähler, die auf der Werk beschäftigt sind, um 3 Uhr und die von Neuende um 4 Uhr zur Wahl gehen konnten bzw. gehen können, haben die Bant's Verarbeiter erst um 1/5 Uhr frei. Obgleich das Wahlgeschäft sich trotzdem vielleicht ungehindert abwickeln lassen wird, wird doch in den letzten Stunden ein großes Gedränge in den Wahllokalen entstehen und es ist nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere der älteren und schwächeren Wähler geneigt ist, sein Wahlrecht nicht auszuüben. Wie wir vernehmen, soll nochmals an die Werk herangetreten werden, um zu erreichen, daß die Bant's Verarbeiter dieselbe Zeit zur Wahl erhalten wie die Heppenser.

Der Verband der Maler hält morgen abend eine außerordentliche Versammlung ab, in der Kollege Wittig aus Bremen über die Tarifverhandlungen Bericht erstatten wird.

Schweinebesitzer werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag nachm. 3 Uhr bei Wirt Heinlen (Siebtsbürger Hof) eine öffentliche Versammlung stattfindet, um Stellung zu der Gründung einer Schweineversicherung zu nehmen. (Siehe Inserat.)

Eingebrochen wurde in der vorletzten Nacht in das Haus des Kaufmanns Rische, Wilhelmsh. Straße. Die Diebe erbrachen die Ledertür und stahlen eine Bohrmachine. Die Kasse wurde ebenfalls erbrochen, enthielt jedoch kein Geld.

Wilhelmshaven, 12. Januar.

Kriegervereine und Sozialdemokratie. In einem Jahresrückblick der Parole, des Organs des Deutschen Kriegervereinsbundes, wird gar beweglich darüber gellagt, daß die Kriegervereinsfrage nicht das nötige Interesse findet. Das Blatt schreibt „nach mehr gebienten Männern aus höheren Kreisen“, die die Zutreiber für die Vereine machen, das „niedere Volk“ heranziehen sollen. Unternehmer und Vorgesetzte der Arbeiter sollen „vorbildlich auf diejenigen wirken, denen sie Arbeit und Brot geben, sie für die Kriegervereinsfrage erwärmen“. Wo freundschaftliches Jureden nicht ausreicht, können sie ja mit einem bißchen Terrorismus und Hungerpetische nachhelfen; wer nicht Kriegervereiner ist, soll hungern. So meint die Parole; wenn sie es auch nicht rund heraus sagt, so ist es doch zwischen den Zeilen zu lesen. „Auch die Lehrer und Geistlichen bedürfen eines kräftigen Sporns, um in ihnen das Gefühl zu erwecken, daß gerade sie in den Kriegervereinen nicht fehlen dürfen.“ Sie sollen schon die Jugend kriegerereiflich dressieren. Längere Betrachtungen werden auch der Sozialdemokratie gewidmet. Mit dem Kriegervereinswesen ist gemäßigten die Sozialdemokratie gewachsen; zwei Feinde, die ihre Stärke miteinander messen und von denen der eine einmal unterliegen soll und muß.“ Die Vereine werden dann aufgeföhrt, bei den Wahlen ihre Pflicht zu tun, um dem roten Feind an der Wahlurne geschloffen entgegen zu treten. Auch hier sollen es die Vorsitzenden an der Belehrung und nötigenfalls an kräftigstem Einschreiten nicht fehlen lassen. Der Kriegervereinsliche Terrorismus wird also hier ganz offen gepredigt. Die ganzen Ergüsse bringen einen glänzenden Beleg für den „unpolitischen“ Charakter der Kriegervereine. Zum Schluß folgt der Appell an den „deutschen Mittel“, zum Pflichtbewußtsein zu erwachen. Dem kann man sich anschließen. Wenn der deutsche Mittel wirklich einmal erwacht und sich keine Pflicht gegen sich selbst bewußt wird, wird es mit dem Kriegervereinswesen bald zu Ende sein.

Küsterfeld, 12. Januar.

Eine öffentliche Gemeindegliederversammlung ist auf Donnerstag abend 8 Uhr nach dem Küsterfeld Hof eberufen, um Stellung zu den Gemeindevorstandeswahl und der Stadtfrage zu nehmen. Das Referat hat Landtagsabgeordneter Hug übernommen. Kein Gemeindeglieder, ob Freund oder Feind der Stadtwerdung, darf der Versammlung fernbleiben.

Aus dem Lande.

Odenburg, 12. Januar.

Das nächste Schöngericht beim hiesigen Landgerichte beginnt am Montag, den 28. Februar d. Js., vormittags 10 Uhr. Zum Vorsitzenden ist Herr Landgerichtsdirektor Bothe und zu dessen Stellvertreter Herr Landrichter Böhmder ernannt. Zu beistehenden Richtern sind bestimmt die Herren Landrichter Jurek und Dr. Christiani und zu Ergänzungsrichtern die Herren Landrichter Dr. Jümmen, Dr. Högl, Dr. Rumpf und Gerichtsassessor Dr. Rasmann.

Bremen, 12. Januar.

Eine lange Reise hat die hiesige Bark Madel Rimmers gehabt. Das Schiff ist am 1. Juli von Philadelphia nach Jossaki (Japan) gefegelt und hat am Sonnabend nachmittags seinen Bestimmungshafen erreicht. Die lange Reise-dauer (das Schiff ist seit 200 Tage unterwegs gewesen) hatte schon hier und da Veranlassung zur Beunruhigung gegeben. Ueber die Ursache der langen Reise ist noch nichts Bestimmtes bekannt.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Die Leiche des vor einigen Tagen im Tief ertrunkenen Schladters Ramien aus Oelgöbne wurde beim Brazer Rindhof aus dem Wasser gezogen. — Die Witwe Kullens in Bunderhammeich besetzt am heiligen Mittwoch ihren 100. Geburtstag. — Durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern entstand in einem Hause am Spanten in Bremen ein Herdinnenbrand. Die Kinder kamen mit dem Schreden davon.

Aus den Vereinen.

Bant, 12. Januar.

Stenographisches. Der Stenographenverein Bant (Eingungssystem Stolze-Schrey) hielt am Montag im Kaffeehausrestaurant keine gutbesuchte Jahresversammlung ab. Der Verein zählt augen-

blicklich 99 Mitglieder, darunter 8 Damen und 9 unterrichtete Stenographen-Mitglieder. Der Verein entsendet sich erteilungswiese zusehends. Die Einnahmen betragen 496,03 M., die Ausgaben 400,28 M., also Bestand: 95,75 M., dazu noch der Inhalt der Vereinsbibliothek. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vereinsbibliothek besteht aus 183 Zeilen- und 21 Diktierbüchern, zu Anfang des Jahres bestand sie dagegen aus 150 Zeilen- und 14 Diktierbüchern, es ist also ein Zuwachs von 40 Büchern zu verzeichnen. Außerdem besitzt der Verein noch 50 Bücher nach anderen Systemen (Stolze, Schrey u. a.) An jedem Übungsabend wurden im Durchschnitt 30-40 Prozent der Bücher ausgelesen. Der Vorstand setzt sich zusammen: 1. Vorsitzender H. Bärmann, 2. Vorsitzender F. Röber, Schriftführer Robe, Kassierer Ph. Schulz, Bücherwart G. Rogge und Präsesin Strenge (Stellvertreterin). In den Prüfungsausschuss für die Monatslichen schriftlichen Preisarbeiten wählte man die Herren Bärmann, Meißner und Röber I., Karl Duden und G. Kramer wurden zu Vorkorrektoren gewählt. In den Werbenensausschuss wurden gewählt die Herren Eins (Vorl.), Rausenstein und Stülfel. Das Honorar für die Unterrichtsreise wurde auf den Betrag von 9 Mark pro Teilnehmer festgelegt. Die Übungsabende und das Übungslokal werden wie früher beibehalten. Der Ausschuss für die schriftlichen Arbeiten hat die Arbeiten folgender Mitglieder prämiert: Stellen 2. Pr., Hl. Fobers 3. Pr., H. Harms 4. Pr., lobende Erwähnung: Sadfeld, Renten I, Robe, Janßen, Kramer u. Siebert.

Aus aller Welt.

Die lustige Witwe unter Militärhoh. Aus Saloniki wird geschrieben: Der Wahl von Saloniki unterlag wegen eines lebhaften Protestes die Aufführung der Lustigen Witwe durch eine Wiener Operettentruppe, gab aber später seine Einwilligung. Die Serben verübten deshalb während der Vorstellung Ausschreitungen, schleuderten auf das Publikum Sessel, faule Eier und Litze. Polizei und Militär entfernten alsdann die Serben, worauf die Vorstellung unter militärischem Schutz ihren Fortgang nahm.

Die gemüthlichen Mänsener. Wegen einer betrunkenen Frauensperson, deren Ausweisung sich ein großer Teil der Gäste widersetzte, kam es am Dienstag im Mänsener Hofbahnhofs zu einer schweren Schlägerei zwischen dem Personal und den Gästen. Es ist als ein größeres Volksgewalt ersehnen und einschritt, konnte die Ordnung wieder hergestellt werden.

Berschlollener Dampfer. Ein Rettungsring des verschollenen Slomanndampfers „Capua“ ist nach einer Meldung aus Kopenhagen an der Rüste Westjütlands angebracht. Am 1. Dezember war „Capua“ von Hamburg mit Stückgut nach Genua abgegangen; seit dem 3. Dezember liegt von ihm keine Meldung vor, so daß angenommen werden muß, daß er in den schweren Stürmen seinen Untergang gefunden hat. Am 4. Dezember hatte der Dampfer Döham in der Nordsee auf 53 Grad 24 Min. N., 5 Grad 50 Min. O. eine treibende Boje der „Capua“ aufgespürt.

Kleine Tageschronik. Aus unbekanntem Gründen nahm der elfjährige Schüler Alexander Hingst in Reinskinders Ost und nach unter großen Schmerzen. — Die Pianofabrik Hr. Fr. Benhardt in Pögned ist durch ein Großfeuer eingestürzt worden. Der Schaden ist bedauernd. — Deutscher Reichmann vom Amt Regmt. Nr. 181 in Chemnitz hat Selbstmord durch Erhängen verübt. Das Motiv ist unbekannt. — Auf Straße Reinskinders (Eck) wurden zwei Bergleute erschlagen, ebenso auf Weide Dettlingen. Die Leichen konnten beige werden. — In Dannastadt nahm der Stallmeister Gg. Berger verheerend zur Fütterung Gabelschaber statt Viehfutts, jedoch 18 Tiere verzehrt wurden. — Das Landgericht in Leipzig verurteilte die beiden Widdenshändler, Reineke Anton Paul zu drei Jahren sechs Monate Gefängnis und den Kaufmann August Stieritz zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis. — In Genshofen wurde ein auf Posten liebender Volksgit von Unbekannten erschossen und beraubt. — Bantler Friedrich Reicher, welcher nach Verübung großer Diebstahlthatungen im April 1909 aus Wien flüchtete, ist in Jena verhaftet worden. — Ähnlich wie das endliche Schicksal der Gabelen in Petersburg bekannt gegeben. — Auf der Scheibe bei Antwerpen wurde durch einen Dampfer ein belegtes Boot zum Sinken gebracht. Drei Soldaten ertranken. — Durch starke Regengüsse wurde in Welfa eine Ueberflutung der heiligen Stätte verursacht. Acht Verjonen sind ertrunken.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Januar. Die Polizei beobachtete am Dienstag einen unter der Bezeichnung Bachelor of arts als Dozent an der Humboldt-Universität wirkenden Arthur Lindstedt, der in Wirklichkeit Hausdiener war und sich seiner Militärpflicht entzogen hatte. Vor drei Wochen ließ sich der Schwindler mit einer jungen Berlinerin trauen. Nachträglich erfuhr sie, daß ihr Mann ein großer Schwindler sei und zeigte ihn bei der Polizei an, die ihn verhaftete.

Stuttgart, 12. Januar. Die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen gegen die Milchverteuerung haben den Erfolg gehabt, daß die Milchhändlervereinigung beschloffen hat, auf den alten Preis zurückzugehen.

Gleiwitz, 12. Januar. Beim Jahrmärtsfest führte in einem Konzertheater die Galerie in den Saal. Ein Eisenbahnarbeiter wurde getötet.

Rom, 12. Januar. Die Fesdin der Tragödie Murri und Martini wird in nächster Zeit mit dem bekannten Rinderarzt Prof. Egidio die Ehe eingehen.

Mailand, 12. Januar. Das Gebirgsdorf Piatta Veltin brannte vollständig aus. Nur die Kirche und das Pfarrhaus wurde gerettet.

Chicago, 12. Januar. Vor einem Warenhaus brach der Bürgerfest ein und riß 30 Personen mit in die Tiefe.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Die eine Beilage.





Karneval 1910!

Zur bevorstehenden Maskeraden-Saison halten wir unsere Buchdruckerei zur Anfertigung von Drucksachen, wie Plakaten, Festzeitungen, Eintrittskarten, Programmen, Festliedern etc. etc. in modernster Ausführung bestens empfohlen. Muster stehen jederzeit gern zur Verfügung.

Paul Hug & Co., Bant

Filiale: Heppens, Ulmenstrasse 24.

Variété Metropol.

Nur dem großartigen Variété-Programm gelangt heute zur Aufführung:
Der Ballhaus-Tännes
Ahnener Karneval-Buttlesse und die große oriental. Ausstattungs-Buttlesse:

Am Bosphorus

oder Tännes im Harem.
In den vorderen Räumen:
Täglich Konzert der Zigeunertafel
Carmen, 5 Damen, 3 Herren.

Nur 8 Mk. das Los
der Wilhelmshavener Kaiser
Friedrich-Denkmal-Lotterie.
Günstige Gewinnaussichten!
Ziehung am 18. Jan. 1910
Gesamtbetrag 1. W. v.

9000 Mk.

1. Hauptgewinn
1000 Mk.
26 weitere Hauptgewinne
2000 Mk.
und 1350 Gewinne
6000 Mk.

Loje à 12 Lose 10
und Liste 30 Pf. zu haben
bei dem
Agl. Fr. Eott. • Einnehmer
Schwitters

u. den durch Plakate kenntlich
gemachten Verkaufsstellen in
Wilhelmshaven, Bant und Heppens.

Die Meldestelle

für verkaufene Kinder be-
findet sich bei
Frau **Schönbeck**, Bant,
Restaurant Peterhof, Peterstr.

Nähmaschine

unter Garantie billig zu verkaufen.
Gartlieb, Bant, Peterstr. 34.

Eier

1 Stiege . 1.20 Mk.
J. H. Cassens
Bant, Peterstr. 42 und Schaar.

Mietverträge bei Hug & Co.

Rüstersiel.

Öffentliche Gemeindebürger-Verammlung

am Donnerstag den 13. Januar cr.,
abends präzis 8 Uhr, im „Rüstersieler Hof“ zu Rüstersiel.

Tagessordnung:

Die Gemeinderatswahlen und sollen die drei Gemeinden
Rüstringens eine Stadt werden? Diskussion.

Referent: Herr Landtagsabgeordneter **Paul Hug** aus Bant.

Die Wahlkommission der vereinigten Bürgervereine
von Neuende.

Öffentliche politische Versammlungen.

- In **Ebersten** am Freitag den 14. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokale des Wirts **Holze**.
- In **Meisendorf** am Sonnabend den 15. Jan., abends 7 Uhr,
im Lokale des Wirts **Fröhle**.
- In **Rastede** am Sonntag den 16. Jan., nachm. präz. 4 Uhr,
im Lokale der Wirtin **Mohrfeld Ww.**
- In **Spwege-Wahnbeck** am Sonntag den 16. Januar, abends
7 Uhr, im Lokale des Wirts **Bunjes**.
- In **Moslessehn** am Dienstag den 18. Jan., abends 7 Uhr,
im Lokale des Wirts **Bümmerstede**.
- In **Radorst** am Mittwoch den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale des Wirts **Schellstede**.
- In **Peterssehn** am Donnerstag den 20. Jan., abends 7 Uhr,
im Lokale des Wirts **Schmalriede**.
- In **Osen** am Freitag den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale des Wirts **Brandes**.
- In **Ohmstede** am Sonnabend den 22. Jan., abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale des Wirts **Parussel**.
- In **Eternburg** am Sonntag den 23. Jan., nachm. 2 1/2 Uhr,
in der **Tonhalle**.
- In **Bümmerstede** am Sonntag den 23. Jan., abends 7 Uhr,
im Lokale des Wirts **Plümer**.

Referent in allen Versammlungen:

Sozialdem. Reichstagskandidat Medalt. Johs. Stelling
aus Lübed.

Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlungen ladet ein
Der Vorstand des sozialdem. Wahlvereins.

Der Geestemünder Fischverkauf

findet am **Donnerstag** im Laden Luisenstraße, Ecke Ross-
straße, von früh 9 Uhr statt. Sehr billige Preise.

Arbeiter-Jugendbund.

Freitag den 14. Januar cr.,
abends 8 1/2 Uhr: Vorstandssitzung
mit dem Feikomitee.

Achtung! Schweinebesitzer!

Sonntag den 16. d. Mis.
nachmittags 3 Uhr
findet bei **Wirt Heinke**, Siebeths-
burger Hof, eine

öffentliche Versammlung

statt zwecks Gründung einer
Schweineversicherungs-Gesell-
schaft. Tagesordnung u. a. Statuten-
beratung. Die Kommission.

Banter Volksküche

Müllensstraße.
Donnerstag: Rinsen mit Wurst.

Soziald. Volksverein für die Stadt Bant.

Sonntag den 15. Januar
abends 9 Uhr:

Monats-Versammlung

im Hof von **Oldenburg**.
Allezeitiges Erscheinen ist Pflicht
der Mitglieder.

Sozialdemokr. Verein

Delmenhorst.
Sonnabend den 15. Januar
abends 8 Uhr:

General-Versammlung

- bei **Wirt G. Weher**, Roppelstr.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. 4. Quartal 1909,
2. Abrechnung von der Weh-
nachtsfeier,
3. Aenderung der Geschäftsordnung
4. Bericht des Vorstandes,
5. Vorstandswahl,
6. Vortrag: Der Weg zur Macht,
7. Verschledenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Achtung! Billig!

Gier! Gier!
pr. Stiege 1.10, 1.20, 1.30 Mk.
— Nur diese Woche! —

Bortenthal, Cichhandlung,
Wilhelmsh. Straße 13.

Abhanden gekommen

eine große schwarz-weiße Katze.
Abzugeben gegen Belohnung im
Variété Adler, Stechbierhalle.

Distrikte 10 u. 11 Bant.

Alle Bezirksführer und Stell-
vertreter werden zu einer wich-
tigen Angelegenheit auf
Wittwoch den 12. Januar,
abends 8 1/2 Uhr, nach Halwe-
land eingeladen.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle **Bant-Wilhelmsh.**
Am **Freitag den 14. Januar**
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung d. Wertsektion

bei **Halwe**, Grenzstr. 38.
Wegen sehr wichtiger Tages-Or-
dnung erwartet vollständiges un-
pünktliches Erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Seemanns-Verband

Donnerstag den 13. Jan.,
abends 8 Uhr:

Versammlung

in **Zadewassers Livol.**
Wegen Neuwahl der Ortsverwal-
tung ist das Erscheinen eines jeden
Kollegen Pflicht.

Der Vorstand.

Verband der Hansangestellten

Donnerstag den 13. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei **Schubert**.
Zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen erwartet
Der Vorstand.

Soja, so gut wie nen,

billig zu verkaufen. Preis 30 Mark.
Friederikenstraße 38, part. 1.

Dankagung.

Für die Aufmerksamkeit, welche
uns gelegentlich unserer Silberhochzeit
erwiesen wurden, sagen wir unsern
herzlichsten Dank.
Gilt Müller und Frau.

Bürgerverein Bant.

Nachruf!
Am Sonnabend verstarb unser
langjähriges Mitglied

der Schmied Friedrich Grede

Wir werden dem Bestorbenen
stets ein ehrendes Andenken
bewahren.
Bant, den 10. Januar 1910
Der Vorstand.

Bürgerverein Schortens.

Nachruf!
Am Sonntag abend verstarb
nach langem Leiden unser lang-
jähriges Mitglied, der Arbeiter

Heinrich Heeren

im Alter von 59 Jahren.
Ruhe sanft!
Der Vorstand.

Die Mitglieder versammeln
sich zur Beerdigung am Son-
abend nachmittags 2 1/2 Uhr im
Terrinslokale.

Reichstag.

13. Sitzung am Dienstag, den 11. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr.
Im Bundesrat: Dr. Debes.
Vorsitzender Dr. Schulz begrüßt in Vertretung des erkrankten Präsidenten die Abgeordneten im neuen Jahre mit dem Wunsch auf fröhlichen Ausgang ihrer Arbeiten.
Abg. Dr. von Czernowitski (Volk) hat sein Mandat (Kofen) niedergelegt.

Der medienburgische Verfassungskampf.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Nationalen und Freisinnigen:
Gesucht der Herr Reichstagspräsident die Veranstaltung, welche hinsichtlich der medienburgischen Verfassung der Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1909 den medienburgischen Regierungen gegenüber ausgesprochen hat, namentlich welche Folge zu geben, nachdem die zwischen den medienburgischen Regierungen und den Ständen

seit fast 60 Jahren

realisierter geführten Verfassungsbehandlungen kürzlich wieder von den Ständen auf dem diesjährigen Landtage erklärt haben, daß ihnen angesichts der Haltung der medienburgischen Ritterschaft weitere Verhandlungen ausgereicht nicht mehr möglich seien, daß sie die Lösung nicht mehr aufzuerhalten könnten, zu einer Verhängung zu gelangen, und daß sie bei Verhandlungen um Abschaffung ihrer bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten könnten?

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation im Namen des Reichstages folgen zu beantworten.
Abg. v. Bismarck (natl.) bezieht sich gegen die Vorwürfe, daß die Interpellation aus Motivationszwecken im Hinblick auf die kommenden Reichstagsarbeiten gestellt sei. Das medienburgische Volk empfindet die politische Verantwortung auf das tiefste. Wie haben aber die Lösung nicht aufgegeben durch Verhandeln mit der Ritterschaft zu einer geeigneten Verfassung zu kommen und legen die volle Verantwortung auf die Ritterschaft?
In der jüngsten Interpellation soll der Reichstag die Verantwortung auf die Ritterschaft übertragen, die eine geeignete Verfassung für notwendig erachtet. Gelegenheit geben, die Verantwortlichkeit nachdrücklich zu betonen. Reber schließt die Verträge der medienburgischen Regierung, zu einer Verfassung zu gelangen und die Vereitelung dieser Verträge durch die Ritterschaft.

Kompensationsangelegenheiten stehen nicht im Wege. Wenn das Reich und in Westfalen im Jahre 1819, sollen dann die Hauptverträge vor der Ritterschaft zurückgeben oder haben sie die politische Pflicht, zu Selbsthilfe zu greifen? Ist nicht diese Frage nicht beantwortet, aber betonen, daß die medienburgische Bevölkerung von den Großherzögen festgelegt erachtet. Das Reich jedoch sollte die Großherzöge vor dem eventuellen Vorwurf bewahren, eine Verfassung erstritten zu haben. (Beifolles Bravo! links.)

Staatssekretär Delbrück: Seit der Erklärung der Verbündeten Regierungen vom 15. Juli ist infolgedessen eine Veränderung der Lage eingetreten, als die erfolgsreicheren Verhandlungen der medienburgischen Regierungen eigentlich geworden sind. Derselbe stellt die rechtliche Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 70 der Verfassung.

Es fragt sich nur noch, ob durch Erweiterung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches die Grundlage für ein Eingreifen geschaffen werden könnte. Im Namen der Verbündeten Regierungen habe ich zu erklären, daß sie es nicht für angängig erachten.

Wien Weg zu beschreiten, der mit der überbotenen Grundfrage unserer Verfassung nicht vereinbar wäre. (Beifolles Zustimmung links.)
Reichstagspräsident: Herr Reichstagspräsident: Die Hoffnungen der medienburgischen Regierungen, mit den beiden Ständen zu einer Einigung zu kommen, erscheinen heute sehr gering. Bei dieser Gelegenheit sehen sich die medienburgischen Regierungen nicht mehr imstande, die Erklärung vom 15. Juli, in der sie sich gegen ein Eingreifen des Reiches verwahrt, weil sie Aussicht hat, sich mit der Ritterschaft zu einigen, aufrecht zu erhalten. (Beifolles Bravo! links.)

Parteinachrichten.

Wegen Verleumdung der Krankenhauseverwaltung in Wismar hatte sich Genosse Jörn vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die vor ca. 1/2 Jahr erschienene infirmierte Notiz beschuldigte ihn in der schändlichsten Form mit den Zuständen im Wismarer Krankenhaus, die abzustellen, der Wismarer Magistrat außerfordert wurde. Leider bestätigte die Verhandlung wieder einmal die Unzuverlässigkeit mancher Berichterstatter, denn eine Reihe Zeugen bezeugten, daß im Krankenhaus alles in Ordnung war, während die Entlassungszug verlagten. Genosse Jörn wurde nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Ein weiblicher Armenkommissionsvorsitzer. In Berlin wurde am Montag die erste Armenkommissionsvorsitzende Frau Gerdt, geb. Schulz, in ihr Amt eingeführt. Der Regent der Armenverwaltung, Stadtrat Dr. Münsterberg, der die Vorsitzende auf das Amt verpflichtete, hielt bei der Gelegenheit eine Ansprache, die genau so von einem preußischen Junker aus Ostpreußen hätte gehalten werden können. Der Herr Stadtrat betonte nämlich, daß im Hinblick auf die Zusammenführung der die Armenpflege in Anspruch nehmenden Bevölkerung, die Wahrnehmung der Geschäfte eines Armenkommissionsvorsitzers besser von Männern erfolge und daß die Wahl einer Frau zur Leitung einer dergleichen Kommission nicht wünschenswert sei. Wegen die Mühsal aber hat der liberale Stadtrat nicht eingewunden.

Lokales.

Bant, 12. Januar.

Welche Vorteile hat Neuende von der gemeinsamen Stadt?

Die dritte öffentliche Gemeindefreierammlung für Neuende fand anlässlich der bevorstehenden Gemeinderatswahlen am Dienstag abend in Heintens Lokale (Siebthsbürger

Kabarettseite sieht sie sich aber nicht heranzuführen, ein Eingreifen des Reiches zu beantragen. (Beifolles Bravo! links und Beifolles Bravo! links.) Aus den heutigen Verhandlungen entnehmen die medienburgischen Regierungen immerhin eine Hoffentlichkeit ihrer Auffassung von der Notwendigkeit der Verfassungsreform. (Beifolles Bravo! links.) Die großherzogliche Regierung läßt durch mich erklären, daß sie nach der Erklärung des Reiches den Wunsch hat, auf die Interpellation einzugehen. (Beifolles Bravo! links und Beifolles Bravo! links.)

Abg. von Treuenfeld (L.) Remond meiner Partei habe ich zu erklären, daß mir völlig am Besten der hohen vereinten Erklärungen Leben. Wie lernen die Einigung des Reiches als unheilvoll für die Grundlage des Reiches ab. Ich muß mich als medienburgischer Ritter (lautes Gehorachte links und auf den Tribünen) gegen jede unüberlegte Einigung vernehmen. Als Konzeptionsmann werde ich mich gegen die Verträge, durch Verfassunggebung die Verfassungen der Einzelstaaten zu demokratisieren und zu stabilisieren. (Beifolles Bravo! links und auf den Tribünen) Die Verantwortung der Bundesfürsten zu übertragen. (Stufe links: Der Ritter! links) Die Erklärung der medienburgischen Regierungen mit der Reichsregierung war mindestens übereilt. (Stufe links.) Wir wollen unseren Bundesrat nicht in einer Besessenen Person von der Regierung beschließen lassen. (Stufe links.)

Abg. Dr. Ledebur (fr. Sp.) Die medienburgischen Regierungen haben die Forderung auf die Landesregierung aufgeben müssen. Was bleibt als anders übrig als das Eingreifen des Reiches? (Sehr wohl! links.) Der Vorgang bedeutet die Zerschlagung eines ganzen Volkes, nicht Westfalen allein, sondern des ganzen Reiches, wenn ein paar hundert Grundbesitzer die Einführung geeigneter Verfassungsgesetze verhindern und Verfassungen zum Beispiel Europa, ja sogar Afrika machen können. (Sehr wohl! links.)

Der Bundesrat ist mit seiner heutigen Erklärung gegen eine Stellungnahme in den nächsten Jahren entschieden zurückgegangen. Schon damals sprach er die Erwartung aus, daß Westfalen zu modernen Verfassungsgesetzen gelangen werde. Wenn heute das Reich nicht kompetent ist, so war es damals auch nicht kompetent, eine solche Erwartung auszusprechen. In der Antrag verlangt das keine Spezialfragen vorzutragen. Er löst sogar nach Ansicht meiner nächsten politischen Freunde noch viel Spielraum. (Sehr wohl! bei den Freisinnigen.)

Man sagt, die Ritterschaft wolle ja auch eine Reform, O ja, aber eine solche, die bei aller Heimlichkeit bleibt. (Sehr gut! links.) Die von der Regierung beschlossene Verfassung kann von einem gemäßigten liberalen Standpunkt aus kaum als eine Lieberungsverfassung angesehen werden. Ein Mitglied der Ritterschaft schrieb: Im allgemeinen Wohlen in irgendwelcher Form wird sich die Ritterschaft nicht einlassen. (Beifolles Bravo! links.)

Auf die medienburgischen Zustände übergehend, führt der Redner eine Redezeitung an, welche den Zustand der medienburgischen Volkshilfe als eine einzige große Anklage gegen das hiesige Regiment bezeichnet. Denken Sie, ferner, wie schwer dieses von der Natur so reich gesegnete Land befallt ist! Diese sinkende Bevölkerungsziffer zeigt, daß man nicht ungeachtet ein Land verwalten kann wie einen großen Hofhof. (Sehr gut! links.)

Die Konfessionsparteien betreiben nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! links.) aber die medienburgischen Ritter sollen nicht bloß bekommen und die Verfassungsreform wird nicht von der Regierung verhandelt, bis sie vollständig ist. (Beifolles Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Rechtlich besteht genau eine Möglichkeit, Westfalen eine Verfassungsänderung auszuführen. Der früher hier behandelte illegale Antrag, daß jeder Staat eine aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung haben müsse, würde der medienburgischen Ritterschaft auch nicht imponieren, wenn das Reich nicht das Recht gegeben würde, eine Verfassungsänderung zu erzwängen. Dieses aber wäre eine Verletzung der Souveränität der Bundesfürsten und Bundesstaaten auf das Reich. Und diesem haben politische Bedenken entgegen. Abg. v. Bismarck (natl.): Angesichts des Widerspruches der medienburgischen Regierungen vor Ihren Ständen mit ihrer Erklärung von heute kann man den Herren von den Klauen ein gewisses Spielrecht nicht verweigern. (Heiterkeit im Zentrum.) Es handelt sich hier aber nicht um eine Gestaltungsfrage, sondern um eine Rechtsfrage.

Hof) statt. Ueber 100 Personen waren anwesend. Das Referat hatte Herr Paul Hug übernommen. Er wies einleitend darauf hin, daß bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen die gemeinsame Stadtwahlung die Hauptrolle spiele. Sie ist die Ursache dieser Wahl, und es ist daher geradezu hinterlistig, wenn im Wahlkampf des Neuender Bürgervereins Gemeindevorschlag über die Stadtfrage gar nicht gesagt und die Sache so hingestellt wird, als handele es sich bei dieser Wahl nur darum, ob eine sozialdemokratische Mehrheit in den Gemeinderat ziehen und aber das Sein oder Nichtsein der Gemeinde entscheiden soll.

Die sozialdemokratische Partei lehnt es entschieden ab, daß die Bürgervereine, die hier in den Wahlkampf ziehen, sozialdemokratische Organisationen sind. Selbstverständlich kann die sozialdemokratische Partei nichts dagegen haben, wenn ihre Mitglieder sich am kommunalen Leben beteiligen und den Vereinen beitreten, die bestimmt sind, den Gemeinfinn und das Gemeinwohl zu fördern, die kommunalen Einrichtungen zum Wohle aller auszugestalten und etwaige Mängel zu beseitigen. Das ist sogar ihre Pflicht. Sobald aber ein Bürgerverein jegliche Interessenpolitik treibt zum Nachteil der anderen Gemeindeglieder, kann kein Sozialdemokrat ihm mehr angehören.

Es ist ein sonderbarer Kampf, der hier von den vereinigten Bürgervereinen offen und ehrlich ausgefochten wird über eine Frage, die die ganze Gemeinde erregt. Die Gegner arbeiten hier wie die Maulwürfe; man sieht sie nicht und hört sie kaum. Ihr einziges äußeres Lebenszeichen war ihr Auftreten in der Bürgerzeitung. Die Art dieser Rundgebung stempelt den Kampf zu einem Klassenkampf, der jedoch nicht von den Arbeitern, sondern von den Besitzenden provoziert worden ist. Weil die Nichtbesitzenden, die Arbeiter, in der Gemeinde immer zahlreicher werden und sich immer mehr am kommunalen Leben beteiligen und eine dementsprechende Vertretung im Gemeinderat haben wollen, sehen die Gegner ihren Einfluß schwinden. Sie sagen nun aber nicht, sie wollen keine Arbeiter haben, sondern sie sagen, sie wollen keine Sozialdemokraten im Gemeinderat haben. Arbeiter und Sozialdemokrat ist aber für sie eins. Somit wollen unsere Gegner die Sozialdemokraten nicht als die Vertreter

der Arbeiterschaft anerkennen; hier aber tritt das Gegenteil in der Erscheinung. Und das alles, weil die aufgeregten Arbeiter für den Zusammenschluß der drei Gemeinden zu einer Stadt sind, weil sie sich über Kleinigkeiten hinwegsetzen, weil sie nicht danach fragen, ob sie im Interesse der Allgemeinheit und ungeachtet dessen, ob sie persönlich davon Vorteile haben, ein paar Pfennige mehr Kosten tragen müssen. Die Arbeiterschaft und die Bürgervereine sind der Überzeugung, daß die Gesamtheit von der Stadtbildung Vorteil hat, und deshalb sind sie dafür und wenden sich an die anderen Gemeindeglieder, um auch sie zu überzeugen, daß der Zusammenschluß der drei Gemeinden notwendig ist, und um sie zu veranlassen, dieser Überzeugung am Wahltag Ausdruck zu geben.

Die Verhandlungen im Landtag sind außerordentlich beunruhigt worden dadurch, daß aus den Gemeinden Bant und Neuende Petitionen gegen die Stadtbildung kamen. Trotzdem besonders die Minister treffend und durchschlagend die Notwendigkeit der Vereinigung der drei Gemeinden darlegten, wurde die Sachlage von der Mehrheit des Landtags nicht genügend erkannt, besonders weil die Mehrheit des jetzigen Neuender Gemeinderats gegen die Stadtbildung ist. Von anderer Seite wurde die Vorlage aus politischen Gründen aufs heftigste bekämpft. Man fürchtete auch in der künftigen Stadt die Mehrheit der Arbeiter in der Stadtvertretung trotz Verhältnismäßig, und wo die Arbeiter die Mehrheit hätten, da würde der Grundbesitz gefährdet und übermäßig belastet. Und das wird behauptet, trotzdem hier nie anderswo die Besteuerung nach geleisteter Vorleistung erfolgt.

Der Landtagsabgeordnete haben aus dem Jeverlande erklärte als das Sprachrohr der Neuender Landwirte im Landtag, Bant und Neuende wollten Neuende nur abschließen, um besondere Vorteile von Neuende zu haben. Neuende hat sich aber nicht gefügt, die mittellose Arbeiterschaft Bant im Jahre 1879 abzuschließen, und es möchte es mit der Kolonie Siebthsburg heute ebenso machen, nur um des eigenen Vorteils willen. Ohne Rücksicht auf das Erwerbsleben wollen die Neuender Landwirte lieber die außer Siebthsburg übrig bleibende Gemeinde Neuende wieder

Das Reich ist nicht zuständig, und eine Erweiterung der Selbständigkeit des Reiches halten wir aus politischen Gründen für überflüssig. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auf diesem Wege, wenn er einmal beschritten ist, gibt es dann keinen Halt mehr. Im Interesse der kulturellen Entwicklung lassen und wünschen wir aber, daß die medienburgische Regierung zu einer Einigung mit der Ritterschaft gelangt. (Beifolles Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Czernowitski (Volk): Die Reichsregierung hat die medienburgischen Regierungen in der Einigung mit der Ritterschaft gelangt. (Beifolles Bravo! im Zentrum.) Die Reichsregierung muß sich eine Einigung mit der Ritterschaft absehen. Wir wollen nicht vom Bundesrat zu einem unzulässigen Staatsvertrage übergehen und wünschen die Reform auf dem Wege der Landesgesetzgebung. (Beifolles Bravo! links.)

Abg. v. Bismarck (natl.): Wir haben nichts anderes erwartet, als daß von neuem die Kompetenz des Reiches in dieser Angelegenheit bewiesen wird. Wir aber halten an unserem Standpunkt fest, daß das Reich geradezu die Verpflichtung hat, einzuschreiten. Die Frage ist keine medienburgische, sondern genau wie die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche. Es berührt die Interessen des ganzen deutschen Volkes. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Können die Reichsgesetzten sich noch so sehr auf einen rufmässigen Standpunkt stellen.

Das Reich ist nicht zuständig, und eine Erweiterung der Selbständigkeit des Reiches halten wir aus politischen Gründen für überflüssig. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auf diesem Wege, wenn er einmal beschritten ist, gibt es dann keinen Halt mehr. Im Interesse der kulturellen Entwicklung lassen und wünschen wir aber, daß die medienburgische Regierung zu einer Einigung mit der Ritterschaft gelangt. (Beifolles Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Czernowitski (Volk): Die Reichsregierung hat die medienburgischen Regierungen in der Einigung mit der Ritterschaft gelangt. (Beifolles Bravo! im Zentrum.) Die Reichsregierung muß sich eine Einigung mit der Ritterschaft absehen. Wir wollen nicht vom Bundesrat zu einem unzulässigen Staatsvertrage übergehen und wünschen die Reform auf dem Wege der Landesgesetzgebung. (Beifolles Bravo! links.)

Abg. v. Bismarck (natl.): Wir haben nichts anderes erwartet, als daß von neuem die Kompetenz des Reiches in dieser Angelegenheit bewiesen wird. Wir aber halten an unserem Standpunkt fest, daß das Reich geradezu die Verpflichtung hat, einzuschreiten. Die Frage ist keine medienburgische, sondern genau wie die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche. Es berührt die Interessen des ganzen deutschen Volkes. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Können die Reichsgesetzten sich noch so sehr auf einen rufmässigen Standpunkt stellen.

zum Umte jeder Klagen. Das mü. d. einen solche Kosten aufwand und solche Unannehmlichkeiten im Gefolge haben, daß man schon aus diesem Grunde sich für die Stadterneuerung aussprechen möchte.

Es gibt so viele Gründe, die für die Vereinigung sprechen. Im Amtsvorstand und im Amtsrat ist in den letzten Jahren kaum eine Sitzung vergangen, in der nicht die Notwendigkeit der Vereinigung zu Tage trat. Auch der Neuender Gemeindevorsteher, der mit im Amtsvorstand sitzt, hat stets dieser Ansicht Ausdruck gegeben. Seit einem halben Jahre ist aber der Landwirt Janßen mit dem Gemeindevorsteher Janßen durchgegangen. Auch bei unserem Gemeindevorsteher Brunt in Bant sehen wir diese Wandlung. Es kann aber doch nicht abgelehnet werden, daß bei einer Zusammenlegung der drei Gemeinden die Verwaltung vereinfacht wird. Schon seit Jahr und Tag sind die Gemeindevertretungen von Bant und Heppens in der Voraussetzung, daß die drei Gemeinden zusammenkommen müssen, demüßigt gewesen, die Einrichtungen, die in der einen wie in der anderen Gemeinde geschaffen werden müßten, gemeinsam zu machen. Dabei haben die Bürgervereine von Bant, Heppens und Neuende stets das Bestreben gehabt, alle Kirchturns-, Distrikts- und Bezirkspolizei, wie alle Eigenbediensteten bei Seite zu setzen und nur das Interesse der Gesamtheit im Auge zu behalten. Wäre das nicht der Fall gewesen, so würden sich heute wahrscheinlich diese Bürgervereine bekämpfen wegen Kleinigkeiten. Und mit Kleinigkeiten alleruntergeordnetster Art operieren heute unsere Gegner gegen die Stadtbildung. Der Amtsvorstand hat bisher alle gemeinsamen kommunalen Einrichtungen anstelle einer Stadtvertretung ausgeführt. Aber der Amtsvorstand ist keine geeignete Verwaltung für einen solchen zusammenhängenden Bezirk, der sich mehr und mehr förmlich entwickelt. Die Selbstverwaltung ist im Amtsvorstand nicht groß und der Vorsitzende ist ein Staatsbeamter, der bei der jetzigen Entwicklung des Bezirkes in der Hauptsache die Arbeiten eines Bürgermeisters macht und nebenbei die staatlichen Funktionen wahrnimmt; ein Zustand, der ebenso unwürdig für den Staat wie für den Bezirk ist.

Da die drei Gemeinden gemeinsame Interessen haben und im Hinblick auf die kommende Vereinigung haben der Bürgermeister von Heppens und die beiden Gemeindevorsteher auch jeden Sonnabend Konferenzen abgehalten, um in allen Dingen, die Interesse für alle drei Gemeinden haben, sofort zu gehen. Dieses Zusammenkommen wird doch beherrscht von dem Geiste der Gemeinsamkeit. Es ist daher ganz unvorstellbar, daß die beiden Gemeindevorsteher jetzt anderer Ansicht geworden sind und im Stillen die Kraft des Auseinanderstrebens und nicht des Vereinigens ausüben.

Neuende wird besonders großen Nutzen haben von den Einrichtungen, die wir geschaffen haben und die in Zukunft noch geschaffen werden. Man soll sich übrigens vorher vereinigen, ehe größere Einrichtungen in Angriff genommen werden. Wäre Neuende nicht so kurzfristig gewesen und hätte sich der Errichtung eines Wasserwerks gegenüber feinerzeit nicht ablehnend verhalten, so hätten die Gemeinden das Werk selbst gebaut und sie hätten jetzt nicht nötig gehabt, der Wasserwerksgesellschaft 800 000 Mk. Gründergeld zu zahlen. Ähnliche Zustände können leicht wieder eintreten, wie man das jetzt wieder bei der projektierten Straßenbahn sieht, die die Rüstinger Vertreter in eigene Regie nehmen wollen, Wilhelmshaven aber nicht. — Es handelt sich bei all diesen Einrichtungen darum, den nötigen Weitblick zu besitzen, um die Steuerzahler vor Schäden und Opfer zu schützen.

In zwei Gemeinden des Bezirkes sind im Interesse der Hausbesitzer und Beamten höhere Schulen errichtet und Neuende beteiligt daran. Bei der Vereinigung der Gemeinden würde auch eine Zusammenlegung dieser Schulen eine Verringerung der Ausgaben bedeuten. — Der Steueranfall, der jetzt durch das Ziehen der Gemeindegrenzen von einer zur anderen Gemeinde sehr bedeutend ist, würde verringert werden. — In Neuende wird in nächster Zeit mindestens eine und später eine zweite Volksschule gebraucht. In einem gemeinsamen Schulbezirk könnte durch entsprechende Verteilung der Schüler auf die vorhandenen Schulen die Neubauten hinausgeschoben und auf gewisse Zeit gesparrt werden. Das würde eine Verminderung der Schulsteuern bedeuten. — Das brutale Armenwesen zwingt geradezu zu einem Zusammenstoß. — Es ist auch nicht der geringste Beweis erbracht worden für die Behauptung, die Steuern würden bei einer Vereinigung für Neuende höhere werden. Seit längerer Zeit sind aber in Neuende die Ausgaben für die notwendigsten Einrichtungen unterblieben und die Steuer ist künstlich niedrig gehalten worden. Doch wie in Bant mit der Entwicklung sich Einrichtungen für die Gemeinde nötig machten, durch welche die Steuern stiegen, so werden auch in Neuende die Steuern steigen, und zwar umso mehr, wenn Neuende allein bleibt. Es ist auch anzunehmen, daß das Wasserwerk, die elektrische Anlage und die spätere Straßenbahn bei vernünftiger Bewirtschaftung Erträge abwerfen, durch welche die direkten Steuern verringert werden. Solche Einrichtungen kann nicht jede Gemeinde für sich allein schaffen.

Es ist töricht und unwahr, wenn gesagt wird, jener Arbeiter im Gemeinderat lägen, desto mehr Steuern. Die Mehrheit im Gemeinderat sind doch die Besizer, und wenn die Steuererhöbung zu schärf angezogen worden ist, dann sind sie doch Schuld daran. Zum Nutzen speziell der Arbeiter ist so wenig vorausgesetzt worden, daß es gar nicht in Betracht kommen kann. — Auch die Sportasse, an die sich Neuende sofort angeschlossen hat, ist ein Beleg dafür, die drei Gemeinden geworden. — Das Feuerlöschwesen, das besonders in Neuende sehr primitiv ist, muß ausgebaut werden. Nur eine große Gemeinde kann sich eine kleine Berufsfeuerwehr beschaffen, die mit verhältnismäßig geringen Mitteln zu erhalten ist. Je mehr sich Neuende entwickelt, desto höher wird der Mangel einer guten Feuerlösch-einrichtung werden. — Das sind im wesentlichen die wirtschaftlichen Gründe, die für eine Stadt sprechen.

Redner wiederlegte dann noch treffend die sonstigen

kleinlichen Einwände der Gegner der Vereinigung, die wir im Volksblatt bereits dargelegt haben, wie: Bant wolle nur seine Schulden von Neuende gedeckt und seine schlechten Straßen gepflastert haben, ferner: der Stadtrat Neuende werde von der Stadt zum Anschluß an die Wasserleitung und an den Schlachthof gezwungen. Er wies auch die Angriffe der Landwirte gegen die Steuer nach dem gemeinen Werte ebenso zurück wie die Behauptung eines Landwirts, Neuende könne später einmal seine sämtlichen Ausgaben durch eine Wertzuwachssteuer decken, und betonte schließlich noch, daß die Gegner hier wohl für die Stadt zu haben seien, wenn sie wie in Bant das Pluralwahlrecht der Besizer erhalten würden. Redner schloß: Da man nicht ermessen könne, welche Erfolge die Tätigkeit der Gegner hat, weil sie im Geheimen arbeiten, so müssen die Bürgervereine auf dem Volke sein. Jedes Mitglied kläre die Wähler nach Kräften auf, damit am Freitag die Liste der vereinigten Bürgervereine zum Siege kommt. (Leb. Beifall.)

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß in Neuende noch alle Gemeindevorrichtungen fehlen, die die anderen Gemeinden sich geschaffen haben. Die Gemeindeverwaltung ist in der Gemeinde zerstückelt untergebracht und eine Reorganisation und Vervollkommnung der Verwaltung tue sehr not. An die Vierteljahres-Steuerhebung könne hier nicht gedacht werden, weil es am Personal fehle. Der Geist des Gemeinderats sei veraltet, das Beweise die Aurlässigkeit bei der ablehnenden Haltung in der Wasserwerkfrage und bei der konsequenten Verweigerung des Bürgerrechts an Arbeiter vor Ablauf der dreijährigen Wartzeit. Die Arbeiter sind in den Augen der Mehrheit des jetzigen Neuender Gemeinderats nichts weiter als „Jugvogel“, während aber Landwirte, die hier infolge des Wertzuwachses ihrer Ländereien Millionen gewonnen haben und nun die meiste Zeit des Jahres sich im Auslande aufhalten, in hohen Ehren stehen. Die Geschworenenämter sind nach Ansicht der Mehrheit des Neuender Gemeinderats nur für die Bessersituierten da und der Gemeinderat lehnte deshalb die Gewährung einer Vergütung, wie sie Bant und Heppens für diejenigen Gemeindegemeinschaften, die als Geschworenen ausgelost werden, ab. Wenn man sich die Tätigkeit des jetzigen Gemeinderats vor Augen führe, so empfinde man die doppelte Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine am Freitag gewählt werden. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, am Wahltag ihre Pflicht zu tun, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Gegner der Stadtbildung meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort.

Wilhelmshaven, 12. Januar.

Für preußische Steuerzahler. Ein Steuerpflichtiger in Krefeld mit einem Einkommen von 2271 Mk. hatte außer der Ehefrau sechs Kindern unter 14 Jahren Unterhalt zu gewähren. Er wurde mit 21 Mk. zur Einkommensteuer verurteilt. Der hiergegen erhobene Einspruch wurde zurückgewiesen, weil bei 2271 Mk. Einkommen der Steuerfuß 36 Mk. beträgt und bei sechs Kindern die Ermäßigung aus § 19 um drei Stufen ausmacht. In der gegen diesen Bescheid eingeleiteten Berufung wurde darauf hingewiesen, daß die Ermäßigung um drei Stufen auch dem Steuerpflichtigen gewährt werden müsse, der ein steuerpflichtiges Einkommen von 6500 Mk. hat. Bei einem Steuerpflichtigen aber, der nur den dritten Teil des Einkommens bezahle, sei der Unterhalt von sechs Kindern eine „außerordentliche Belastung“ im Sinne des § 20 des Einkommensteuergesetzes und deshalb müsse auf Grund dieses Paragraphen eine weitere Herabsetzung eintreten. Die Berufung hatte denn auch den Erfolg, daß der Steuerfuß um eine Stufe erniedrigt wurde. — In einem anderen Falle wurde gleichfalls eine Herabsetzung im Sinne des § 20 erzielt. — Arbeiter mit geringerem Einkommen und großer Kinderzahl sollten jederzeit die Ermäßigung um eine Stufe bei zwei, um zwei Stufen bei 3—4, um drei Stufen bei 5—6 Kindern usw. aus § 19 und die gleiche Zahl von Stufen aus § 20 des Einkommensteuergesetzes fordern.

Für Landbesitzer. Durch Uebernahme sämtlicher Ländereien und Inventar der Marine-Vierfeldstation Wilhelmshaven sollen etwa 200 alte (200 bis 400 Kilometer auf hoher See gereist) zum Preis von 5 bis 8 Mk. das Paar, etwa 120 junge (alle gereist) Paar 3 und 5 Mk. verkauft werden. Große Rörbe 6 bis 10 Mk., halbe Rörbe 3 bis 5 Mk. Näheres ist auf der Vierfeldstation in Wilhelmshaven, Götterstraße 17, zu erfahren.

Neuende, 12. Januar.

Der Bürgerverein Neuende hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im Rüstinger Hof ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken an das verstorbene Mitglied Denksa durch Erheben von den Sihen. Ausgenommen wurden drei Herren als Mitglieder. — Das Weihnachtsfest teilte die Einnahme und Ausgabe vom Weihnachtsfeste der Versammlung mit. — Hierauf fand eine längere Besprechung über die Stadtfrage statt, die in der Annahme gipfelte, daß es das beste sei, die drei Gemeinden werden eine Stadt, und zwar Stadt und Stadgebiet. — Gewünscht wurde ferner die Steinbroden, die bei der Aufbesserung der Rabalstraße gewonnen sind, möchten von der Jahrbuch entfernt werden; es ist mehrfach vorgekommen, daß Personen, welche diese Straße des Abends benutzen, über die Steinhaufen gefallen sind. Ein anderer Weg für Fußgänger ist nicht vorhanden; auch keine Beleuchtung.

Neuengroden, 10. Januar.

Der Biogemische Verein Neuengroden hatte sich am Sonntag abend sehr zahlreich im Lokale des Herrn Neuf verammelt, um einen Vortrag zu hören, der von dem Wanderredner Herrn Müller aus Deimold über Heilung der Krankheiten durch biogemische Mittel gehalten wurde. Die Versammlung folgte dem Vortrag mit größtem Interesse, weil so sachlich und leicht faßlich bisher hier noch

kein Vortrag in dieser Sache gehalten wurde. Der Vortragende erntete aufrichtigen Dank der Versammlung. Er wurde der Wunsch allgemein laut, recht bald wieder eine so lehrreichen Vortrag stattfinden zu lassen.

Aus dem Lande.

Barel, 10. Januar.

Eine kombinierte Partei- und Gewerkschaftsversammlung beschästigte sich am Montag abend mit dem Entwurf der Maßregelnstatuten. Gewünscht wurde eine Verringerung der Paragraphen 3 und 5 und wurde der Vorsitzende beauftragt, die beschlossenen Änderungsanträge zu formulieren und dem Parteisekretariate einzureichen. Die diesbezügliche Maßfeier soll durch einen allgemeinen Auszug nach Dampfleer moor und einer Maßfeier in Barel begangen werden. Weiter wurde beschloffen, die Maßfeier mit dem Strajlerabend zusammenzulegen. Als Festlokal wurde der Schlachthaus in Aussicht genommen.

Der Soj. Volksverein für die Stadt Barel hält seine Monatsversammlung am Sonnabend abend 9 Uhr im Hof von Oldenburg ab, worauf die Mitglieder hingewiesen werden.

Zeitl, 12. Januar.

Inglitig erklärt wurde, wie wir bereits gemeldet haben die Wahl der Gemeinderäte im November v. J. Gegen diese Inglitigkeitserklärung hat der Gemeindevorstand Protest eingelegt. Zur mündlichen Verhandlung ist Termin auf Freitag nachmittags 4 Uhr vor dem Verwaltungsgericht für das Amt Barel angelegt.

Oldenburg, 12. Januar.

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat des ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreises, Redakteur Johann Stellung-Gibbet wird in der Zeit vom 14. Januar bis 23. Januar eine Reihe politischer Versammlungen abhalten, für welche die Genossen überall eine rege Agitation erhalten wollen. Die Versammlungsreihenfolge siehe in Informativ.

In eine Lohnbewegung sind die Buchbinder- und Arbeiterinnen eingetreten. Den Gehaltsinhabern ist ein Lohnantrag eingereicht, der Arbeitszeitverlängerung und Lohnherabsetzung bezweckt.

Prozess Dursthoff - Söder. In der Privatklage des Professors Dr. Dursthoff gegen Regierungsdirektor Dr. Söder ist die Revision des Privatklägers am Montag vom Oberlandesgericht verworfen worden, unter Zurückstellung des Privatklägers in die Kosten aller Instanzen.

Delmenhorst, 12. Januar.

Sozialdemokratischer Verein. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Sonntag abend den 15. Januar, abends 8 Uhr anfangend, bei Witz S. Meyer, Appellstraße, statt. Die Tagesordnung ist reichhaltig und äußerst wichtig. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Brate, 12. Januar.

Der Sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonntag nachmittags 4 Uhr beim Witz Deker die Generalversammlung ab. Aufmerksamkeit gemacht wird, daß der Parteifreisch Schulz einen Vortrag zugelegt hat, wodurch die Versammlungso interessanter wird.

Bremen, 12. Januar.

Ein neuer Stadttheater-Direktor. Der Direktor Hubert Reich des Bremer Stadttheaters, der frühere Direktor des Deutschen Theaters in Hannover, ist seines Amtes jetzt plötzlich im zweiten Jahre seiner Direktionsstätigkeit enthoben worden. An seine Stelle tritt am 1. Juli d. J. Herr Hofrat Otto aus Elberfeld. Ueber die Ursachen der Entlassung wird heftiges Schweigen bewahrt. Eigentlich müste eine Eingabe des „gesamten Personals“ des Stadttheaters an die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater an. Das Personal spricht darin den Wunsch aus, daß man die Tätigkeit des Herrn Direktors Reich nicht unterbrechen möge. Die Eingabe erweckt gar zu sehr den Eindruck der Wache.

Emden, 12. Januar.

Zur Verhaftung der beiden Verbrecher in Meer mit uns von hier geflohen, daß der von Oldenburg verschriebene Vollgehind bei dem Einbruch in Ushafen verlagte. Die Auskundschaftung und Verfolgung der Diebe so vielmehr ein Verdienst der hiesigen Kriminalpolizei, die gleich nach der Tat feststellte, daß zwei Personen, ein Schläger und ein Schloffer, Fahrkarten nach Meer gelöst hatten und auch dortigen abgehafen waren. Einer von den beiden hatte die Hand verbunden, da er durch einen Schlag des Ruchtes, der sie bei dem Einbruch überfallen, verletzt war.

Hapenburg, 12. Januar.

Im Kampf mit der Polizei. Um sich ihrer Festnahme zu entziehen, flüchteten Sonntag nachmittags zwei Verbrecher auf den im Bau begriffenen Wallturm und warfen dann aus einer Höhe von 35 Metern eine schwere Feldschmitze, einen Rosten mit Werkzeugen, Balken usw. nach ihren Verfolgern. Die Polizei war den rohen Burden gegenüber machtlos. Schließlich abends gelang es einem am Wallturm beschästigten Monteur, den Hauptturm herabzulassen, so daß seine Festnahme erfolgen konnte. Der zweite Verbrecher war jedoch nicht zu bewegen, sich zu ergeben und blieb, trotz des herrschenden Unwetters, über Nacht auf dem hohen Turm.

Literarisches.

Kommunales Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung. Herausgeber Dr. Albert Söderhus, Verlag Buchhandlung Bornstedt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68. Preis: vierteljährlich 3.00 Mk.

Stadtwaasser.

Donnerstag, 13. Jan.: vormittags 2.15, nachmittags 2.51

★ Feuilleton. ★

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Asien und Lazarett. Von Karl Fischer. (88. Fortsetzung.)

Das war die größte Beleidigung, die er ihm sagen konnte. Denn das Kapitulation war bei jedem alten Knochen verhasst. Wenn einer sich auch mit der Absicht trug, Unteroffizier zu werden, wagte er's doch nicht auszusprechen. Denn er mühte der alltäglichen Hänfelleien seiner Kameraden gewärtig sein. Das Wort Unteroffizier war bei allen Gemeinen verpönt.

„Vielleicht wirst du noch Dampfzieher, aber ich nicht!“ antwortete Sonapp wütend. „Denn die am Meisten vorher das große Maul haben, bleiben am besten beim Militär!“

„Wenn du das erlebst, kannst du mich mit Steinen schmeißen. Re, Mensch, ich lottiere meine Zigarren. Da verdiene ich mehr und bin ein freier Mann.“

„Sagt du schon eine Liebitz?“ fragte ihn Böhlke. „Und ob, Mensch! Meinst du, ich laufe immer so Solo herum?“

„Die bist dir wohl bei den Stimmeln?“

„Re, Kollege! — Dafür nabelt sie mich! Solltest mal sehen, wenn sie mich packt!“

„Was ist sie nicht?“

Das Andringen seines beliebigen Schlagworts rief jedesmal allgemeine Heiterkeit hervor.

„Aber natürlich! Ich habe sie schon einmal so gepackt, daß es ihr ganz merkwürdig im Leib geworden ist.“

„Na — und dann?“

„Dann? — Nach einem Jährchen sollte ich Klimente heißen.“

„Mensch, Bornemann, da haste das Zeug aber ordentlich gepackt! — Was ist denn nun weiter geworden?“

„Dann kam ich zum Militär — und wenn ich frei bin, werden wir heiraten.“

„Das ist es denn? Ein Junge oder ein Mädel?“

„Ein Junge, Kollege!“

Das war für alle neu, daß Bornemann schon Vater war. War nicht zugeraut hätten sie ihm so was. Unwillkürlich krieg er in ihrer Achtung.

Fast allabendlich nach dem Dienst sahen die Schüler auf ihrer Stube und unterhielten sich bis zum Schlafengehen. Das große Wort führte bei diesen Sitzungen Bornemann. Alle hatten seine witzige Redeweise gern. Selbst Sonapp, der gewiß Grund hatte, ihm zu großen, lachte herzlich mit.

Volter schloß fast regelmäßig, wurde aber auch kaum vernimmt. Wurde er einmal dienstlich im Lazarett zurückgehalten, bemerzte man ihn wegen seiner Schwelgenheit fast nicht. Das freie Abendfründchen brachte er bei seiner Frau zu. Jeder Schüler wußte das, wiewohl es Volter nur Bornemann anvertraut hatte. An Volters Art und Weise hatten sie sich schon so gewöhnt, daß keiner mehr darüber sprach. Bornemann legte sich auch gleich ins Mittel, Volter zu verteidigen, wenn ihm irgendein Joch beim Dienst zugehoben wurde.

Der Volter hatte Bornemann einen großen Respekt. Eben weil er erst und gemessen war, imponierte er ihm. Er schloß sich zu Volter hingezogen. Er hatte überhaupt die tugendlichen viel lieber als solche, die, wie er selbst, heter und fröhlicher Laune waren. Auch liebte er es, über ernste Dinge zu reden. Wenn er mit Volter sprach, nahm er seine bekannten Schlagwörter selten in den Mund. Er fühlte, daß sie bei ihm nicht recht angebracht waren. Dann hatte er die innere Gewißheit, daß Volter geistig über ihm stand. So treuherzig sein Humor war, so treuherzig war auch seine Anhänglichkeit an Volter. Wenn er was nicht wußte, wandte er sich zuerst an ihn.

„Kollegen, wenn nur erst die Zeit um wäre! Jetzt kommt noch die Prüfung — dann werden wir Befreite — dann kommt der Sommer — und dann geht's ins Wandern.“

„Denkst du, daß alle die Prüfung bestehen und Befreite werden?“ fragte der lange Pöhl.

„Na, die Prüfung kann ja ein Kind bestehen. Das ist alles Formalität. Vorher wird einem ein bißchen Angst gemacht — dann kommt der Generalarzt — der findet alles sehr schön, wie bei jeder militärischen Beschäftigung. Die Vorgesetzten haben immer mehr Angst wie unsereiner.“

Wache um Wache verstrich, ohne daß ein besonderes Ereignis das Einzelne des Lazarettbetriebes störte. Eilig wurden weiter die Tage gezählt und Bornemann brachte mit seinem nie versiegenden Humor Leben und auch etwas Freude in das graue Einzelne des Tages.

Seit Weiners Tode wollte aus Volters Gesicht der erste Zug nicht verschwinden. Mit Aufopferung gab er sich dem Krankenfort hin. Aus ganzer Kraft bemühte er sich, den armen Kranken ihre Lage zu erleichtern. Das Mühte ihn . . .

Auf Wache war er, bei einem Schwindelkranken. Nur wenige Tage hatte er noch zu leben. Seine alte Mutter, eine arme Frau vom Lande, hatte von der Heimat die große Reise unternommen, um ihren Kranken Sohn zu besuchen. Stundenlang sah sie nun an seinem Bette, ohne ein Wort zu reden. Der Kranke lag auf seinem Lager im Todesstamps und erkannte die Mutter nicht. Schwere Tränen flossen langsam über ihre faltigen Wangen. Als sie dann weggehen mußte, versuchte sie Volter ein Zärtlichkeitswort in die Hand zu drücken. „Tun Sie Ihr Möglichstes!“ das sie ihm mit gedrogener Stimme. Noch einen schwermütigen Blick auf den Sohn, dann war sie aus der Tür. Sie glaubte vielleicht in ihrer Herzensinnlichkeit, es stünde in Volters Macht, ihrem Sohne zu helfen.

Volter wußte, daß er kein Geld annehmen durfte —

aber um der alten, armen Frau nicht eine kleine Hoffnung zu rauben, stieß er es zu sich.

Eine Träne glänzte ihm im Auge, als er der Frau nachblickte.

Könnte ich ihn gesund machen, wie gerne tät ich es! Aber das Scherlein, das du mir gabst, war mehr für dich als für mich.

Waren die Schüler unter sich und allein auf ihrer Stube, kein Unteroffizier im Verschlag, dann wurde mit Vorliebe lese ein Reservistenlied angestimmt. Alle diese Lieder zu singen war verboten, aber den sogenannten alten Knochen galten diese Gesänge als altes Privileg, und da sumimte jeder mit — Reserve hat Ruh! — und wie sie alle heißen.

Eine feierliche Stimmung herrschte dann, und mit einer wahren Ehracht wurde gesungen. In der Asierne ging es bei solchen Gefängen gewöhnlich etwas geräuschvoll zu. Beim Bier in der Kantine wurden die Verse oft heruntergerollt. Aber hier im Lazarett ging alles höchst ruhig zu. Das liebste Lied war allen die alte Volksweise: In die Heimat möcht ich wieder. Aus vollem Herzen ertönte mehrstimmig dieses alte Lied der Sehnsucht nach dem Vaterhaus.

Bornemann gab den Ton an. Er konnte fuchsteufelswild werden, wenn einer einen falschen Laut von sich gab. Sein Liebling Sonapp war mit ganz merkwürdiger musikalischer Fähigkeit begabt, die Bornemann in die hellste Wut versetzen konnte.

„Das ist ein heiliges Lied!“ sagte er. Wer nicht singen kann, soll den Schnabel halten und zuhören.

Die Prüfung war überstanden, der Generalarzt hatte seine vollste Zufriedenheit ausgesprochen. Einige Tage darauf wurden sämtliche Sanitätschüler zu Befreiten ernannt.

Der Eindruck, den diese Ernennung machte, äußerte sich bei den Schülern ganz verschieden.

Diese Episode betrachtete Runge als ein Glied der langen Kette der ihm aufgezungenen Willkür.

Bornemann machte keine Miße darüber. „Siehst du, Sonapp, das ist die erste Stufe zum Generalarzt! Es steht doch in den Kriegsartikeln, jedem Soldaten stehen die höchsten Stellen im Heere offen. Jetzt bist du schon der Herr Gelehrte! Dann kommen die Treffen, wenn du dabei bleibst. O je, kannst du es dann noch weit bringen! Für mich ist ja bloß die Hauptsache, daß man jetzt fünf Pfennige täglich mehr bekommt.“

Sonapp konnte keine Freude nicht verbergen, daß er nun Befreiter geworden war. Schon einige Wochen vorher hatte er sich die Anspitze gekauft und in seinem Spind aufbewahrt. Mit einer stolz lächelnden Miene hatte er diese Reueigkeit auf einem Dutzend Anführerarten seinen sämtlichen Verwandten und Bekannten mitgeteilt.

Alle freute es jedenfalls, daß nun der tägliche Unterricht für immer zu Ende war. Es wurde ihnen in der letzten Zeit schon etwas langweilig, auf den Bänken zu sitzen wie die Schulkinder.

Volter kam mit Bornemann auf die gemischte Station, mit der Aussicht, vielleicht die ganze übrige Dienstzeit auf dieser Station bleiben zu können. Das machte Bornemann fast glücklich. Denn auf dieser gemischten Station gab es doch die wenigste Arbeit, was für ihn die Hauptsache war. Volter war es angenehmer, mit Bornemann weiter arbeiten zu können. Er war ihm doch der liebste von allen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Technische Ausnutzung der Energie der Meeresflut.

Mit der wirtschaftlichen Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte ist bereits in vielen Ländern begonnen worden, wovon eine große Steigerung der Produktivität zu erwarten ist. Können doch aus den Vorküstenlänen in Afrika 30 Millionen, aus den Magaraställen 7 Millionen Pferdekräfte gewonnen werden; Italiens Gewässer enthalten fünf Millionen Pferdekräfte usw. Englands Wasserkräfte sind aber sehr gering, und der Ingenieur James Saunders will deshalb allen Ernstes daranehen, mit der Ausnutzung der Meereskraft zu beginnen. Wie wir einem Aufsatz in Nr. 10 der Zeitschrift für Stadtbhygiene entnehmen, legt Saunders einen Plan vor, nach dem Ebbe und Flut ausgenützt werden können. Er beschreibt drei Pläne, die den Hafen von Ghibster, die Menalstraße und den Bristolkanal betreffen und bei denen der jährliche Buchwert einer elektrischen Pferdekraft auf 45 Mtr. geschätzt wird. In Ghibster sollen täglich 8000 Pferdekräfte erzeugt werden, was eine Jahreseinnahme von 30000 Mtr. ergeben würde. In der Menalstraße handelt es sich um 15000 Pferdekräfte und beim dritten Plan, dem die Eindämmung der Severnmündung zugrunde liegt, um 200000 Pferdekräfte jährlich, im Jahreswert von 170000 Mtr. Das Projekt in Ghibster ist wie folgt geodet: Der Hafen bedekt eine Fläche von 300 Hektar, die Einfahrt ist 1 1/2 Kilometer breit. Man will die Mündung mit einem ungeheuren Damm absperrern und den Hafen in zwei Teile teilen, was gut möglich ist. Auf der einen Seite befindet sich das Spring, auf der anderen das Rippflutbecken. Die steigende Flut fällt das erstere Becken, und das oberste Drittel seines Inhalts wird durch Turbinen in das andere Becken geleitet. Entsprechendes Entleeren des überflüssigen Wassers ins Meer während der Ebbe ermöglicht die Erreichung des Zieles, die beständige Ruhbarmachung der Meeresflut zu erlangen. Jedenfalls dürfte sicher sein, daß die Ausnutzung der Meereskraft nicht mehr lange wird auf sich warten lassen!

Edison der Seher.

Edison, der Erfinder, ist wieder einmal unter die Propheten gegangen. Er sagt, in den nächsten zweihundert Jahren werde die Welt Wunder erleben, die über die lebhafte Einbildungskraft weit hinausgehen. Der Mensch werde dann gelernt haben, alle Kräfte der Natur auszunutzen und das Leben werde sich so billig gestalten, daß selbst die einfachsten Arbeiter sich mit einem Luxus umgeben können, wie ihn sich heutzutage nur Millionäre leisten können. „Wie unwissend wir doch noch sind!“ ruft Edison aus. „Wir wissen nicht, was Schwere ist, noch wissen wir etwas von der Natur der Wärme, des Lichtes, der Elektrizität, obgleich wir uns etwas mit ihnen beschäftigen. Wir sind nur Tiere. Wir kommen gerade aus dem Hundestadium und blinzeln um uns. Wir wissen nichts; wir vermuten nur gewisse Sachen, und unser Gehirn bedarf einer ungeheuren Entwicklung, bevor wir irgendwohin gelangen. Uniere Uebung, einander im Krige totzuschießen, ist ein Beweis dafür, daß wir noch Tiere sind.“ Die Kleidung der Zukunft werde, Edison zufolge, so billig sein, daß jede junge Dame in der Lage sein wird den Lappen der Mode prompt zu folgen. Künstliche Seide, die der natürlichen weit überlegen ist, werde jetzt aus Holzstoff hergestellt, und er glaube, daß der Barbarismus der Selbstkaupenucht in fünfzig Jahren verschwunden sein werde, gerade, wie die indische Indigofabrikation durch den in modernen Laboratorien produzierten künstlichen Indigo verdrängt sei.

Die Steinigung einer Frau in Persien.

Ein erschütterndes Bild von dem grausamen Wesen der persischen Volksjustiz entrollt der französische Reisende Claude Ariet in einem interessanten Aufsätze, den er in der Illustration veröffentlicht. Er besand sich auf einer Reise durch das nördliche Persien und besuchte dabei auch die alte Stadt Auschan, die vor einigen Jahren durch ein furchtbares Erdbeben schwer heimgeschlagen wurde. Doch über Schutt und Trümmern erhoben sich bereits wieder die neuen hellen, niedrigen Häuser, buntes Treiben herrschte in den Straßen, und über dem ganzen Bilde lag eine friedliche Beschäftigkeit, die nichts verriet von den grausamen Verbrechen des Gefährlichen, die die jetzt sorglos dahinschlendernden, in Lebenswürdigkeit und Freundlichkeit sich überlebenden Perser mit einem Schlage in einen Taumel blutiger Grausamkeit stürzen können. Eine unglückliche Frau wurde das Opfer der jählings in ihren Tiefen entseelten dunklen Instinze, eine arme Bäuerin, die zwei Jahre lang mit ihrem Gatten, einem leichfertigen Säufler, zusammen gelebt hatte, mit ihrer Arbeit ihn ernährte, bis der Gemahl eines Tages aus Auschan verschwand und nicht mehr gesehen ward. Monde, eins, zwei, drei, vier Jahre verstrichen, keine Nachricht, keine Zeile traf ein. Die Frau lebte allein, ein anderer Bauer näherte sich ihr, sie hielt ihren verschollenen Gatten für tot und heiratete ein zweites Mal. Ein Jahr später tauchte der erste Gatte unerwartet wieder auf. Man schleppte die Frau vor den Oberpriester von Auschan, der selig den Koran auf und verlas das Gebet Muhammads, wonach die Schuldige geteilt werden mußte. Das Urteil war gesprochen. „Die Menge setzte sich auch höchste bedrückend. Man bemächtigte sich der Sänderin und in lärmendem Aufzuge ward sie durch die ganze Stadt geführt. Barfuß, kaum bekleidet, das Gesicht entschleiert — was für die Perserin schon eine höchste Marter bedeutet — so schleppte man die Unglückliche stundenlang durch alle Straßen und Pasare, umgeben von einer neugierigen, schwärmenden Menge, die ungeduldig auf die Gelegenheit wartete, das Urteil selbst vollstrecken zu dürfen. Wo die Vermisste vorüberstrich, war fröhliche Erwartung. Sie sprach kein Wort, sie weinte nicht, sie schritt dahin, als lie sie unempfindlich; im Volke aber wuchs die frohe Erregung mit jeder Minute und in allen Mienen spiegelte sich die grausige und barbarische Freude, binnen kurzem einen Menschen töten zu dürfen. Der Oberpriester selbst führte die Prozession, wie es der Koran verlangt. Endlich erreichte man die Richtstätte am Kirchhof. Fröhliche Hände hatten bereits ein etwa ein Meter tiefes Loch in den Boden gegraben. Es bedurfte keiner Aufforderung, keiner Ermahnung, keines Stoßes, keiner Gewalt: Wortlos, necklos legte sie sich selbst in die flache Grube. Keine Klage kam von ihren Lippen, sie legte sich hin, als geite es, im Sande zu schlafen. Dann näherte sich der Oberpriester . . . Das Opfer blieb stumm und regungslos, aber ringsum erschollen die leidenschaftlichen Rufe der wilden Menge, die ungehört herandrängte, um nichts von dem gütlichen Schauspiel zu verlernen. Da erhob der Oberpriester die Hand, man sah, wie er einen großen Stein umklammert hielt und mit aller Wucht schleuderte er ihn auf den Körper der Verurteilten. Der Aufschlag des Steines auf den Menschenkörper ging im fröhlichen Tumulte der Zuschauer verloren. Der Heilige hatte das Beispiel gegeben. Nun trat er zurück. Das Signal war gegeben. Ein Hagel von Steinen prasselte auf das Opfer nieder. Jeder, der seinen Stein schleuderte, begleitete den Wurf mit einem wilden Rufe, ein Stein war zu hören; man sah nur, wie über dem Körper die Steine sich häuften und ihn schließlich ganz verdeckten. Raum eine Minute hatte das gedauert. Der Gerechtigkeit war Genüge geschehen. Zögernd und langsam löste sich die Menge, alle kommentierten die erlebte Sensation des Tages . . . Erst am Abend entfernte man den Steinhäufen, der den Körper der Gerechten verdeckte. Und wie der Koran es verlangt, so verscharrte man die Leiche dicht neben der Richtstätte.“

Gewerkschaftliches.

Arbeiteranforderungen für das Ruhrgebiet. Daß bei der Spannung im Bergbau die Grubenbesitzer alles tun, um ihre Position für die Zukunft zu stärken, ist verständlich. Die Anwerbung grubenfremder Arbeiter scheint dabei eine große Rolle spielen zu sollen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft hat gegenwärtig in der Danzig-Grubenregion gegen zwei Agenten an der Arbeit, die bis Februar 1900 Arbeiter für die Schächte der Gesellschaft anwerben sollen. Bis zu 100 Arbeiter sind auf der Zeche Bonifacius in Stray (Kreis Essen) bereits angekommen. Es sind durchweg „bergfremde“, mit den Gewerken des Grubenbetriebes nicht vertraute Arbeiter, Handwerker usw., und es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Unfallgefahr durch Massenankunft fremder Arbeiter erhöht wird.

Der Arbeiterbedarf scheint im Ruhrbergbau augenblicklich ziemlich stark zu sein, es wird wenigstens ein solcher Ansehens erweckt. Bei der Lastlage, daß noch niemals solch ungeheure Rohmenningen aus Stapel lagen wie gegenwärtig, ist die Anwerbung sehr berechtigt, daß es sich hier um ein für die Arbeiter gefährliches Manöver der Grubenbesitzer handelt. Die Art und Weise, wie die aus Ostpreußen geholten Arbeiter behandelt werden, bestätigt, daß die Massenankunft zu den Mitteln der Grubenbesitzer gegen einen eintreffenden Streik gehören. Die Reisekosten (18—20 Mk.) sind den Leuten vorgeschossen worden; die Kosten der Wurm-Unterwäsche (ca. 5 Mk.) trägt die Zeche. Wenn Kleidung und Schuhwerk fehlt, bekommt der Arbeiter diese auf Bürgschaft der Zeche bei einem bestimmten Geschäftsmann; Kost und Logis erhalten die Arbeiter in der Zechenkolonie, wobei die Zeche den Kostgebern für das Kostgeld gutlagt. Die Zeche wird sich natürlich von den Arbeitern die Unterschrift geben lassen, daß sie ihre Auslagen vom Lohn einbehalten darf. Sie zwingt damit die Arbeiter in eine Schuldrechtsschuld, aus der sie so leicht nicht herauskommen. Ob die Spekulation, daß aus diesen so gekennzeichneten Arbeitern in Streikzeiten sich gefällige Arbeitswilligenkolonnen bilden lassen, richtig ist, darf fraglich bezweifelt werden.

Die Gewerkschaften in den Gegenden, in denen Agenten der Ruhrgruben aufwandern, tun gut daran, wenn sie der Parteipresse zuverlässige Informationen über Umfang der Anwerbungen, Versprechungen der Agenten usw. geben.

Aus den Vereinen.

Bant, 12. Januar.
Die Freiwillige Feuerwehr hielt am Sonnabend im Rathaus ihre Monatsversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Nachdem der Hauptmann in kurzen Worten den Kameraden seine Glückwünsche zum neuen Jahre ausgesprochen hatte, fand der geschäftliche Teil seine Erledigung. — Zwei Herren wurden als aktive Mitglieder und zehn in die Bürgerabteilung aufgenommen. — Dann folgte eine kurze Aussprache über den Vortrag des Herrn Ingenieur Meibach vom 30. v. Mis. Sämtliche Kameraden, welche demselben beigewohnt hatten, gaben ihrer Anerkennung Ausdruck. Es wurden die Kameraden Janßen, Schmidt, Eichler, Schenk, Springer und Thomas zur weiteren Ausbildung für die in der Wehr nötigen Kenntnisse über die elektrischen Anlagen gewählt. Außer den Genannten werden sich selbstredend auch die Führer der Wehr eingehend in dieser Sache informieren. — Im Verchiedenen verlas der Hauptmann die Satzungen des Feuerwehrverbandes Mültzinger-Wilhelmsbader und erklärte, solches in den nächsten Versammlungen zu wiederholen, da dieselben den jüngeren

Mitgliedern noch unbekannt sind. Nachdem der Hauptmann noch die Aufforderung an die Kameraden gerichtet hatte, den ergangenen Einladungen der Wehren in Heppens und Wilhelmsbader möglichst zahlreich Folge zu geben, fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

Aus aller Welt.

Die Raddeb-Sammlungen für die — Gerichtskosten. Bekanntlich klagten einige Raddeb-Witwen auf völlige Auszahlung der gesammelten Hilfsgelder. Sie wurden aber mit ihrer Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Prozesses zu tragen. Da die Klägerinnen mittellos und außerstande sind, den Kostenbetrag zu zahlen, soll dieser bei Auszahlung der Renten in Abzug gebracht werden. Den Witwen ist folgender Bescheid des Regierungspräsidenten von Münster zugegangen:
Der geschäftsführende Ausschuss der Raddebopende. Münster, den 2. Jan. 1910.

Nach einer Mitteilung des Herrn Vorsitzenden des Ortskomitees in Hamm I. W. sind in Ihrer Prozesssache gegen die Mitglieder des Ortskomitees in Hamm die den Lehteren erwachsenen Prozesskosten durch Gerichtsbescheid auf 152,30 Mark festgesetzt. Diese Kosten sind von sechs Klägerinnen mit je 25,38 Mark zu erlassen. Auf Antrag des Ortskomitees soll dieser Betrag in der Weise von Ihnen eingezogen werden, daß die Ihnen im Februar 1910 zu zahlende Zulagen um 6,36 Mk. gekürzt wird. In den Monaten März bis einschl. Mai wird die Zulage um je 6,34 Mk. gekürzt werden. Der Betrag von 152,30 Mk. wird aus der Raddebopende vorschußweise an den Herrn Vorsitzenden des Ortskomitees in Hamm gezahlt werden.
(Unterschrift unleserlich)

Wohr kann man nicht verlangen!

Der staatsgefährliche Rater Kamps. Die Rostocker Stadttheater-Deputation hat sich einen Streich geleistet, der einer Behörde des Ostpreussens würdig ist. Sie hat die lustige Komödie Rater Kamps, die bekanntlich unsern frühverstorbenen Parteigenossen Emil Rosenow zum Verfasser hat, verboten. Das Stuch sollte als erste Vorvorstellung in Szene gehen. Es ist auf fast allen deutschen Bühnen, auch an Hoftheatern, schon unzählige Male mit größtem Heiterkeitserfolg gegeben worden. Selbst schwärzeste Reaktionäre haben sich an der gelungenen Verpöpfung eines erzgebirgischen Gemeindegewaltigen und sonstiger Ordnungshüter schmunzelnd ergötzt; denn trotz ihrer gefälzigen Satire hält sich die Komödie durchaus frei von parteipolitischen Tendenz, behandelt vielmehr einen Stoff durchaus in künstlerischer Weise. Die kunstsinigere Theaterdeputation der guten Stadt Rostock aber sagt: Kunst hin, Kunst her — die Hauptlache ist: das Stück hat ein Sozialdemokrat geschrieben, ergo darf es in Mecklenburg nicht aufgeführt werden. Die fünf Herren, die sich durch dieses Verbot mit Ruhm bedekten, heißen: Bürgermeister Beder, Senator Palschen, Kommerzienrat Maahn, Renter Beringer, Fabrikbesitzer Dr. Friedrich Witt.

Arbeiter-Mitteln. In dem Röhner Vorort Ehrenfeld stürzte am Nachmittage des 10. Januar ein Dachgerüst zusammen. Ein Dachbedenmeister wurde getötet. Ein Lehrling starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ein Gefelle ist lebensgefährlich verletzt worden.

Engländer auf der See. Die von Hamburg ausgehende Bark Lady Elizabeth kollidierte in der Nähe des Borkumer Feuerkessels mit dem assistierenden Schleppdampfer Triton. Der Schiffer Jan. Drei Mann der Besatzung ertranken. Die Bark, anscheinend beschädigt, wurde nach Bremerhaven eingeschleppt. — Der Dampfer Mecklenburg der Hamburg-Amerika-Linie ist auf dem Zumber bei Grimshaus mit dem englischen Dampfer Hadrian zusammengestoßen. Der englische Dampfer sank. Ueber etwaige Beschädigungen des Dampfers Mecklenburg ist noch nichts bekannt.

Ein Lokalbahnstrecken leitete man sich jüngst auf der Kleinbahn Celle—Wittingen. Eines Morgens wollte man die Lokomotive Erica auf Bahnhof Hartensbüttel über die Weiche bringen, zu welchem Zwecke der Lokomotivführer die Maschine langsam einstellte, alsdann absprang, um die Weiche umzustellen. Zum Unglück sprang der Heizer, der nach dem Bericht des Celler Kuriers keine große Ahnung von seiner verantwortungsvollen Tätigkeit zu haben scheint, ebenfalls ab, und die Erica entfiel schmerzlos nach Wittingen! Dort angekommen, lief sie gegen den Druckluft des Strahls und verbot die Pufferarme des Lokomotivführers, der sich durch den Anprall das Fundament des Lokomotivbooms um überschüssige Zentimeter. Weiterer Schaden ist glücklicherweise nicht entstanden, da von Wittingen her noch kein Zug unterwegs war. — Die Anstellung eines Weichenwärters scheint man dort nur als dividendenförmlich zu betrachten.

Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Bant vom 1. bis 8. Januar 1910.
Geboren: Ein Sohn des Schneider E. R. V. Meite, Schiffszimmermann J. E. Wöln, Dreiarbeiter R. L. Krume, Feuerwerker J. G. Wellage, Arbeiter J. Harms, Schlosser J. H. R. H. Hinrichs, Kaufmann J. G. H. Junge, Arbeiter J. J. Köpke, Maurer J. G. Wülfenwarf; — eine Tochter des Harnischmachers J. G. J. Bressen, Arbeiter G. H. Queren, Schlosser J. J. Peters, Klempner W. Jäger, Keller W. R. J. Böhm, Bauer J. G. Erlich. Aufgeboren: Bauaufseher D. J. Rothbohm zu Högeln und G. W. Böhmke zu Bant, Arbeiter W. H. J. Harbes zu Wensfeld und G. W. Bant zu Neuborf, Arbeiter J. Rogge zu Rammgen und M. Bahr baldst. Verheiratet: Keine. Gestorben: Sohn des Arbeiters J. J. Wöln, 2 Mon. alt, Tischler J. H. W. von Salen, 33 J. alt, Sohn des Arbeiters G. H. J. Peters, 6 Mon. alt, Ehefrau J. Wellhoff geb. Wagner, 43 J. alt, Sohn des Maurers J. Rosta, 2 J. alt.

Versammlungs-Kalender.

Freitag den 14. Januar, 7—8 Uhr im Hof von Eldenburg. Bauerverband. Abends 8½ Uhr bei Willers. Bibliothek. Abends von 7½—8½ Uhr im Hof von Eldenburg.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 11. Januar.
Telegramme des Norddeutschen Lloyd.
Kapt. Sälow, von Däniken, heute in Hongkong angekommen. Kapt. Klagen, nach Bräcken, heute von Porto abgegangen. Kapt. Heitberg, nach Cuba, heute von der Wehr abgegangen. Schnellk. Kaiser Wilhelm II. von Neapel, heute auf d. Wehr. Kapt. Meit, von Däniken, gestern in Hamburg angekommen. Kapt. Kohn, von Gaboron, gestern Dober passiert. Kapt. Künig, heute in Kopenhagen angekommen. Kapt. Krompring, heute in Bremerhaven angekommen. Kapt. Weing, heute von Däniken, heute in Neapel an. Kapt. Schleswig, nach Alexandrien, gestern dortselbst an. Kapt. Würzburg, von Bräcken, heute in Wismar angekommen.

Bekanntmachung

In der Nacht zum 10. d. M. wurden in der Werst, Bremer- und Olbeogestraße elektrische Straßenlampen zertrümmert. Wer uns den oder die Täter so zur Anzeige bringt, daß gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, erhält 20 Mk. Belohnung.
Bant, den 11. Jan. 1910.
Der Gemeindevorsteher.
Bant.

Zum 1. April einige drei- und vierst. Wohnungen zu vermieten. Näheres C. Becker, Meyer Weg 12, I.

Zu vermieten möbl. Zimmer Schmidt, Wilhelmsb., Straße 82, Seiteneingang.

Zu vermieten zum 1. Februar eine dreizimmerige 1. Etagenwohn. mit Balkon und Speisekammer. Uhländstraße 6, u. z.

Zu vermieten umständehalber eine schöne vierst. Partier-Wohnung auf sofort oder später. Raackstr. 14, p. z.

Zu vermieten mehrere Unterwohnungen in Gartenland auf sofort oder später. Preis 10 Mk. Heppens, Mühlweg 21.

2 Tischlerlehrlinge auf sofort gesucht. G. Haiske, Ob. Osiern. Tischlermstr., Rieder Str. 79.

Gesucht zum 1. Februar ein kräftiges Mädchen von 16 bis 18 Jahren. 10. d. M. 1910, 7 a.

Achtung! Verband der Maler!

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr — im Vereinslokale: — Außerordentl. Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung und Beschlussfassung über die in Berlin geführten Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit. Referent: Kollege Wittig aus Bremen. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zur Konfirmation können Sie schwarze und farbige Kleiderstoffe wirklich billig kaufen, weil ich diesen Artikel ganz aufgeben. Einzelne Kleider, sowie Reste, passend für Blusen und Röcke, extra billig. Ueberzeugen Sie sich davon. S. Schmilowitz, Neue Strasse.

Gewerkschaftstarell Varel. Vorläufige Anzeige. Der Kappenball der organisierten Arbeiterschaft findet am Freitag den 18. Februar im Hotel Schilling statt.

Frauen!

Bei Beschwerden, Störungen und Stockungen der Blutzirkulation bestbewährt, unübertroffen sind nur echte Menstruationstropfen „Favorit“ à Flasche 3.50 Mk., extrastark 6 Mk., zur Erhöhung u. Beschleunigung der Wirksamkeit sehr empfehlenswert „Favorit“-Tee à 1.25 Mk.
E. Homberg, Marktstrasse 27a.

Ginstwarden. 1 Wiener Oaharmonika, zweireihig, mit Stahlböden, 23 Stück doppelte Platten für Sprechmaschinen, wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Poststraße 38, 1. Et.

Zu verkaufen Futtertdweine und Ferkel. Oldenburger Rasse. Wilh. Maas, Heppens.

Stehbierhalle. Suche eine gute Stehbierhalle zu übernehmen auf sofort oder später. Ration kann gestellt werden. Näher in der Expedition d. Bl.

Auf sofort ein durchaus zuverlässiges erfahrenes Mädchen für den Haushalt gesucht. Angenehme Stellung, hoher Lohn. Kappelhoff, Deichstraße 5.

Einswarden. Suche auf sofort eine Frau zum Ausstragen. Hoher Verdienst zugesichert. Ernst Fehrentamp Bäckerei und Konditorei.

Zu verkaufen zwei Schweine zum Weiterfüttern, ferner eine junge milchgebende Ziege und Hühner. Bantter Weg 5.

Einswarden. Mit dem heutigen Tage eröffne ich hier selbst, Weststraße 90, eine Bäckerei u. Konditorei.

Ich werde mich bemühen, stets gute Ware zu liefern und bitte um gefällige Abnahme. Hochachtungsvoll Ernst Fehrentamp Weststraße 90.

Zwei Schweine zum Weiterfüttern zu verkaufen. Genossenschaftsstrasse 28.

Junges Mädchen durchaus erfahren in allen häuslichen Arbeiten, sucht Stellung für Laden u. Haush. Heppens, Wilmstr. 8, II.